Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/018(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag,	Plenarsaal des Landtages	14:00Uhr	19:45Uhr
	01.09.2005			

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- Bestätigung der Beschlussprotokolle der 16. (IV) / 17. (IV) Sitzung vom 11.07.2005 / 14.07.2005
- Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Anfragen an die Verwaltung
- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1	Festlegung der Auswahlkriterien für Märkte und Volksfeste	DS0251/05
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwal	tung
6.2	Neufassung zur Hauptsatzung und Änderung der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0267/05
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwal	tung
6.2.1	Neufassung zur Hauptsatzung und Änderung der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0267/05/
	SPD - Fraktion	
6.2.2	Neufassung zur Hauptsatzung und Änderung der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0267/05/
	Oberbürgermeister	
6.2.3	Neufassung zur Hauptsatzung und Änderung der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0267/05/
	Vergabeausschuss	
6.3	Beendigung der Liquidation der Sanierungsgesellschaft Magdeburg mbH i.L. (SGM i.L.)	DS0419/05
	BE: Bürgermeister	
6.4	Beteiligung der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) an der ESA Patent- und Erfinderzentrum Sachsen-Anhalt GmbH	DS0228/05
	BE: Bürgermeister	
6.5	Jahresabschluss 2004 der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH (MMKT)	DS0326/05
	BE: Bürgermeister	
6.6	Jahresabschluss für das Jahr 2004 der Magdeburger Stadthallenbetriebsgesellschaft "Rotehorn" mbH	DS0374/05
	BE: Bürgermeister	
6.7	Vermarktungsoffensive "Magdeburg überrascht"	DS0158/05
	BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusamme WV v. 11.07.2005	enarbeit
6.8	Vertragsänderung Eike-von-Repgow-Preis	DS0318/05
	BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	

6.9	Bestätigung der Richtlinie für Tagespflege	DS0208/05
	BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	
6.9.1	Bestätigung der Richtlinie für Tagespflege	DS0208/05/
	Fraktion Die Linkspartei.PDS	
6.10	Besetzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" mit dem Beschäftigtenvertreter	DS0301/05
	BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	
6.11	Antrag der Firma MACO zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 431-1 A	DS0290/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.11.1	Antrag der Firma MACO zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 431-1 A	DS0290/05/
	CDU - Fraktion	
6.12	Kooperationsvereinbarung IBA-Büro - Landeshauptstadt Magdeburg	DS0313/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.13	Straßenname	DS0273/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.14	Straßenname	DS0277/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.15	Straßenname	DS0330/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.16	Widmung der Gemeindestraßen Zaunkönigstraße, Rotkehlchenstraße, Sperlingweg und Storchenweg im B-Plan-Gebiet 302-2 "Vogelbreite"	DS0306/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.17	Ausbau der Gleis- und Fahrleitungsanlage in der Otto-von-Guericke- Straße	DS0303/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.17.1	Ausbau der Gleis- und Fahrleitungsanlage in der Otto-von-Guericke- Straße	DS0303/05/ 1

	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
6.18	Ausbau des Eisenbahnknotens Magdeburg - Eisenbahnüberführung Walther-Rathenau-Straße	DS0319/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.19	Grundsatzbeschluss zum Neubau der Oebisfelder Brücke 2.2 BA	DS0196/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.20	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birnengarten)	DS0215/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.20.1	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birnengarten)	DS0215/05/ 1
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	
6.21	Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 165-3 "Münchenhofstraße"	DS0262/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.22	Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB für einen Teilbereich der Alten Neustadt	DS0272/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.23	Beginn der vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 BauGB für einen Teilbereich der Ortslage Rothensee	DS0297/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.24	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 268-4 "Steindamm Prester"	DS0308/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6.25	Aufstellung eines Bebauungsplans Nr. 235-3 "Neustädter Straße / An der Magdalenenkapelle"	DS0383/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
7	Einwohnerfragestunde	
	Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	Uhr und
8	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	

8.1	Sachstandsbericht zur städtebaulichen Entwicklung im Breiten Weg	A0022/05
	PDS - Fraktion WV v. 10.03.2005	
8.1.1	Sachstandsbericht zur städtebaulichen Entwicklung im Breiten Weg	A0022/05/1
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	
8.1.2	Sachstandsbericht zur städtebaulichen Entwicklung im Breiten Weg	A0022/05/2
	Ausschuss f. Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung u. kommuna Beschäftigungspolitik	le
8.1.3	Sachstandsbericht zur städtebaulichen Entwicklung im Breiten Weg	S0076/05
8.1.4	Sachstandsbericht zur städtebaulichen Entwicklung im Breiten Weg	S0126/05
8.2	Innerstädtische Entwicklung stärken	A0055/05
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 07.04.2005	
8.2.1	Innerstädtische Entwicklung stärken	S0102/05
8.3	Sanierung der Straße Lindenplan	A0059/05
	CDU - Fraktion WV v. 07.04.2005	
8.3.1	Sanierung der Straße Lindenplan	S0104/05
8.4	Deutsch-amerikanisches Wirtschaftsprojekt	A0081/05
	SR Hans-Werner Brüning, PDS - Fraktion WV v. 12.05.2005	
8.4.1	Deutsch-amerikanisches Wirtschaftsprojekt	A0081/05/1
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
8.4.2	Deutsch-amerikanisches Wirtschaftsprojekt	S0155/05
8.4.3	Deutsch-amerikanisches Wirtschaftsprojekt	S0157/05

8.5	Dreisprachige Grundschule Fraktion BfM/Tierschutz	A0121/05
8.6	Sondersitzung des SR zur Haushaltsberatung 2006 Finanz- und Grundstücksausschuss	A0129/05
8.7	Magdeburger Altstadtfest SR`in Karin Meinecke, PDS - Fraktion	A0133/05
8.7.1	Magdeburger Altstadtfest FDP - Fraktion	A0133/05/1
8.8	Zugang zum Neustädter See SPD - Fraktion	A0136/05
8.9	Infotafel zum Glockenspiel am Rathaus SPD - Fraktion	A0137/05
8.10	Beteiligung am Wettbewerb "Stadt der Wissenschaft" 2007 CDU - Fraktion	A0138/05
8.11	Ehrung von Fürst Leopold I. zu Anhalt-Dessau CDU - Fraktion	A0139/05
8.12	Information zum Verzicht auf das Vorkaufsrecht CDU - Fraktion	A0140/05
8.13	Gesamtkonzeption Stadtpark Rotehorn Fraktion Bund für Magdeburg/Tierschutz	A0143/05
8.14	Einrichtung eines Studios des Programmveranstalters Europe 1 mit Redaktion in Magdeburg	A0145/05
	FDP - Fraktion	
8.15	Rücknahme der Zweitwohnungssteuer FDP- Fraktion	A0148/05
8.15.1	Rücknahme der Zweitwohnungssteuer Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0148/05/1

8.16	Magdeburg muss sauber sein - Containerstellplätze im öffentlichen Raum	A0147/05
	PDS - Fraktion	
8.17	Übersicht über Kitaplatz-Kapazitäten	A0141/05
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
8.18	Ausschreibung des Magdeburger Wochenmarktes	A0146/05
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
9	Informationsvorlagen	
9.1	Nahversorgungsanalyse für die Landeshauptstadt Magdeburg	I0149/05
9.2	Informationsveranstaltung über Maßnahmen im Stadtpark	I0171/05
9.3	Einwohnerfreundliche Dienstleistung der Stadtverwaltung	I0187/05
9.4	Information I0080/05 Führung der Buslinie 59 nach Eröffnung der Sternbrücke	I0209/05
9.5	Aktion Saubere Stadt - Verschmutzungen durch verwehte Zeitungen im Stadtgebiet	I0212/05
9.6	Bericht über kommunale arbeitsmarktpolitische Ergebnisse per 30.06.2005 - Kurzfassung -	I0213/05
9.7	Information zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes zur überörtlichen Prüfung der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem Schwerpunkt: "Die Vergabe einer Baukonzession für den geplanten Stadionneubau und die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt"	I0220/05

	Nichtöffentliche Sitzung	
10	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
10.1	Prüfbericht des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt über die überörtliche Prüfung	DS0347/05
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwalt	tung
10.2	Bestellung des Intendanten des Puppentheaters der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0323/05
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwalt	tung
10.3	Aufhebung der Mandatsvereinbarung zur Arrangierung einer US- Leasingtransaktion	DS0280/05
	BE: Bürgermeister	
10.4	Forfaitierung von Entsorgungsentgelten mit kommunaler Ergänzungsabrede	DS0162/05
	BE: Bürgermeister	
10.5	Prüfbericht des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt	DS0312/05
	BE: Bürgermeister	
10.6	Bestellung eines Geschäftsführers der ZENIT GmbH Magdeburg	DS0283/05
	BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammer WV v. 11.07.2005	narbeit
10.7	Standortverlagerung Familienzentrum des Vereins Die Brücke MD e. V. an den Standort Milchweg 6 a	DS0274/05
	BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	
10.8	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost zur Gewährung von Zuwendungen zur Aufwertung von Stadtteilen/	DS0321/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
10.8.1	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost zur Gewährung von Zuwendungen zur Aufwertung von Stadtteilen/	DS0321/05/
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
11	Informationsvorlagen	

11.1 Auswertung der ego.-Wettbewerbe

I0210/05

12 Anfragen

12.1 Bildungshaus Ottersleben

F0228/05

Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 18. (IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	42	"	"
maximal anwesend	55	"	"
entschuldigt	2	"	"

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge informiert den Stadtrat darüber, dass der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper in seiner Dienstberatung am 09.08.05 den Antrag auf Auszeichnung gem. § 6 der Ehrenbürgersatzung mit der "Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg" in Bronze

für die Firma Einbeck Elektromotoren GmbH Magdeburg Gründungsdatum 01. September 1955 DS 0382/0 – Beschluss-Nr. 266-32/05

beschlossen hat.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 553-18(IV)05

Stadtrat Ruden, CDU-Fraktion, hat sein Stadtratsmandat in der Stadtratssitzung am 11.07.2005 niedergelegt.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 554-18(IV)05

Als Nachrückerin für den ausgeschiedenen Stadtrat Ruden, CDU-Fraktion, wird

Frau Uta Siedentopf Olvenstedter Chaussee 89 39130 Magdeburg

benannt.

Auf der Grundlage des § 32 GO LSA weist der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge Frau Stadträtin Siedentopf, CDU-Fraktion, auf die Pflichten gemäß §§ 30 und 31 GO LSA hin.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 555-18(IV)05

Stadtrat Heendorf ist am 08. August 2005 aus der PDS-Fraktion ausgetreten und mit Wirkung vom 22. August 2005 Mitglied der CDU-Fraktion.

Auf Antrag der PDS-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 556-18(IV)05

Die in der konstituierenden Beratung des Stadtrates der Wahlperiode 2004 – 2009 bestätigte PDS-Fraktion hat sich in Übereinstimmung mit den Änderungen in den Satzungen der Partei auf Bundes- und Landesebene umbenannt. Der Name lautet

Fraktion "Die Linkspartei.PDS" im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

Auf Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 557-18(IV)05

Die Fraktion Die Linkspartei.PDS benennt als Mitglied im Kulturausschuss Herrn Stadtrat Oliver Müller.

Auf Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 558-18(IV)05

Die Fraktion Die Linkspartei.PDS benennt für den Vorsitz im Kulturausschuss Frau Stadträtin Karin Meinecke.

Auf Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 559-18(IV)05

Die Fraktion Die Linkspartei.PDS benennt als Mitglied im Ausschuss Kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten Herrn Stadtrat Gerald Grünert.

Auf Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 560-18(IV)05

Die Fraktion Die Linkspartei.PDS benennt als Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Magdeburger Weihnachtsmarkt GmbH Herrn Guido Cracau.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 561-18(IV)05

Herr Stadtrat Reinhard Stern übernimmt den Vorsitz im Ausschuss StBV.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 562-18(IV)05

Frau Stadträtin Uta Siedentopf wird für Stadtrat Bernd Reppin Mitglied im Ausschuss FuG sowie für Herrn Ruden Mitglied im Aufsichtsrat der ZPVP GmbH.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 563-18(IV)05

Herr Stadtrat Wigbert Schwenke wird für Herrn Ruden Mitglied im Aufsichtsrat der Wobau GmbH.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 564-18(IV)05

Herr Stadtrat Bernd Reppin wird für Stadtrat Thomas Kilian Mitglied im Betriebsausschuss Städtischer Abwasserbetrieb.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 565-18(IV)05

Herr Stadtrat Thomas Kilian wird für Herrn Ruden Mitglied im Betriebsausschuss Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 566-18(IV)05

Herr Stadtrat Frank Schuster wird Mitglied im Ausschuss für StBV.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 567-18(IV)05

Herr Stadtrat Michael Heendorf wird für Stadtrat Frank Schuster Mitglied im Ausschuss RPB.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 568-18(IV)05

Herr Stadtrat Thomas Kilian wird für Herrn Ruden ordentliches Mitglied im Umlegungsausschuss.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 569-18(IV)05

Herr Stadtrat Gunter Schindehütte wird stellvertretendes Mitglied im Umlegungsausschuss.

Im Anschluss informiert der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge darüber, dass sich mit dem Eintritt des Stadtrates Heendorf in die CDU-Fraktion die Besetzung im Ausschuss VW (12. Sitz) ändert und er in der Pause ein Los zwischen den Fraktionen Die Linkspartei.PDS, future! - die jugendpartei und BfM/Tierschutz ziehen wird.

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning gibt eine persönliche Erklärung ab. (Anlage 1)

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2. Bestätigung der Tagesordnung

Änderungen bzw.Ergänzungen zur Tagesordnung der 18. (IV) Sitzung des Stadtrates am 01.09.2005

1. Erweiterung der TO

Der Ausschuss RWB beantragt, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen:

öffentliche Sitzung

A0094/05 – FDP-Fraktion Erhalt des Schiffshebewerkes Rothensee und die dazugehörige S0192/05

(2/3 Mehrheit) als **TOP 8.19**

2. zurückgezogene TOP

Die TOP 10.1 – DS0347/05 und 10.5 – DS0312/05 werden vom Oberbürgermeister von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen.**

3. Hinweis

Der Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion, die heutige Stadtratssitzung bereits um 19.30 Uhr zu beenden, wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt.**

Der Antrag zur Aufnahme des Antrages A0152/05 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Einladung der Ehrenbürgerin der Stadt zum 03.10.2005 – auf die heutige Tagesordnung findet keine 2/3 Mehrheit und wird vom Stadtrat **abgelehnt.**

Der Antrag zur Aufnahme des Antrages A0153/05 der CDU-Fraktion – Insolvenzverfahren – auf die heutige Tagesordnung findet keine 2/3 Mehrheit und wird vom Stadtrat **abgelehnt.**

Zum TOP 8.1 – A0022/05 – liegt die Stellungnahme S0126/05 vor.

Die I0210/05 – TOP 11.1 wurde versehentlich weiß gedruckt.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig bestätigt.

3. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 16. (IV) / 17. (IV) Sitzung vom 11.07.2005 / 14.07.2005

Beschlussprotokoll der 16. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 11.07.2005

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 15 muss der 1. Absatz wie folgt formuliert werden:

.... Kommunalvermögen als auch seine persönliche Betroffenheit durch eine, **nach Meinung des Oberbürgermeisters**, falsche Behauptung des Senators des LRH, Herrn Tracums, darlegte.

Auf der Seite 25 ist im 5., 6., 9., 11. und 13 Absatz die genannte Drucksachen-Nummer zu ändern

in: DS 0158/05.

Redaktionelle Änderung der PDS-Fraktion

Auf der Seite 25 ist im 5. Absatz zu ergänzen:

....ihrer Vorredner an, äußert ihr Unverständnis zur Aufgabe des bekannten und Magdeburg-spezifischen Logos mit Orientierung auf historische Wurzeln und wissenschaftlich-technische Entwicklung und empfiehlt ebenfalls....

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion

Auf der Seite 18 muss es im 7. Absatz, 1. Zeile richtig heißen:

Der **stellvertretende** Vorsitzende

Auf der Seite 19 muss es im 7. Absatz, 3. Zeile richtig heißen:

....Aussage des stellvertretenden Vorsitzenden ...

Auf der Seite 37 muss es im 4. Absatz, 1. Zeile richtig heißen:

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt

Auf der Seite 45 muss unter TOP 10 richtig heißen:

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge stellt

Das geänderte Beschlussprotokoll der 16. (IV) Sitzung des Stadtrates wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt.**

Beschlussprotokoll der 17. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 14.07.2005

Redaktionelle Änderung der PDS-Fraktion

Auf der Seite 7 muss es im letzten Absatz richtig heißen:

....unterstützt ebenfalls im Namen seiner Fraktion

Das geänderte Beschlussprotokoll der 17. (IV) Sitzung des Stadtrates wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt.**

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Anfragen an die Verwaltung

5.1 Schriftliche Anfrage (F0216/05) des Stadtrates Zentgraf, Fraktion "Die Linkspartei.PDS"

Mülldeponie in Ottersleben

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper,

ich frage Sie:

- 1. Auf welcher Grundlage verhandelt die Stadt mit wem über den weiteren Betrieb der Deponie Hängelsberge in Ottersleben?
- 2. Was soll hier weiter eingelagert werden?
- 3. Welche Bedingungen werden vom Verhandlungspartner für die Zustimmung zum weiteren Betrieb gestellt?

Ich bitte um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Ich will in aller Kürze auf die Fragen, die wir natürlich auch ausführlich schriftlich beantworten werden, schon einmal mündlich eingehen. Sie fragen zunächst auch nach den Grundlagen der Gespräche, die geführt werden. Das solche Gespräche geführt werden, habe ich bereits auf Ihre Anfrage hin im Stadtrat bestätigt. Die Grundlage bildet ein umfangreiches und strittiges Verfahren, welches die Landeshauptstadt vor über 11 Jahren geführt hat, als es um die Einrichtung der Deponie Hängelsberge bzw. ihre Erweiterung ging. Es gab Widersprüche einiger Ottersleber Bürger gegen dieses Vorhaben. Im Zuge dessen ist im Jahre 1994 ein außergerichtlicher Vergleich geschlossen worden. Dieser Vergleich enthält bestimmte Leistungen, die die Landeshauptstadt gegenüber den Einspruchsführern zu erbringen hat. Dieser außergerichtliche Vergleich hat im Zuge des Genehmigungsverfahrens beim damaligen Regierungspräsidium u. a. dazu geführt, dass das Regierungspräsidium die Nutzungsdauer auf maximal 10 Jahre begrenzt hat. Ich halte das aus wirtschaftlichen Gründen für einen sehr problematischen Zustand und ich habe mich deshalb schon frühzeitig mit dem Betriebsleiter unseres Abfallwirtschaftsbetriebs darüber unterhalten, ob diese auf 10 Jahre festgelegte, begrenzte Nutzungsdauer wirklich noch sachgerecht und berechtigt ist. Ich erinnere nur an die Problematik der Müllfahrzeuge, die auf die Deponie fahren und die früher durch den Ort gefahren sind. Diese Situation hat sich deutlich verbessert und verändert. Zum anderen haben wir seit Mitte diesen Jahres eine völlig andere Situation. Die berühmte TASI ist in Kraft getreten. Wir haben jetzt ein Müllheizkraftwerk bereits am Netz, sodass die Deponie eine völlig andere Bedeutung haben wird in der Zukunft. Aber sie kann auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Bedeutung haben, nicht zuletzt wird das für die Müllgebühren unserer Bürger eine Bedeutung haben. Nach Sondierungsgesprächen mit dem Landesverwaltungsamt

haben wir den Gesprächsfaden mit den Widerspruchsführern aufgenommen. Dazu wurde eine Vorlage erarbeitet. Diese Vorlage ist im Dezember 2004 im zuständigen Betriebsausschuss SAB behandelt worden und sie gab uns die Legitimationsgrundlage, die Gespräche mit den Ottersleber Bürgern und den Vertretern des Bürgervereins, weil aus der früheren Bürgerinitiative, in der sich die Einspruchsführer organisiert hatten, der Verein Bürger für Ottersleben e. V. hervorgegangen ist, zu führen. Wir haben hierzu die Gespräche aufgenommen mit dem Ziel, zu informieren und auch die Position des Bürgervereins abzuklopfen. Diese Gespräche dauern an. Auf die Fragen der Abfallarten gehe ich jetzt nicht ein. Das können wir schriftlich beantworten.

Zum Punkt 3: Bedingungen sind nicht gestellt worden. Es hat allerdings im letzten Gespräch mit dem Bürgerverein am 13. Mai eine Darstellung von Wünschen und Vorstellungen über die künftige Entwicklung des Ortsteils Ottersleben gegeben. Jetzt sage ich ganz klar und das bitte ich jetzt auch als Ansage und auch als politische Erklärung meinerseits zur Kenntnis zu nehmen. Diese Zielvorstellungen stellen keine Bedingung für das Verwaltungsverfahren zum Weiterbetrieb dar und werden von der Stadt auch nicht als solche behandelt. Die Gespräche werden fortgesetzt und über das Ergebnis werden Sie selbstverständlich informiert. Das Verfahren zur Erweiterung der Laufzeit der Deponie haben wir zwischenzeitlich eingeleitet. Wir gehen davon aus, dass das zuständige Landesverwaltungsamt die Verfahrensbeteiligung des Bürgervereins prüfen wird und dass er wahrscheinlich auch in dieses Verfahren einbezogen wird. Insofern waren die vorbereitenden Gespräche sicher hilfreich. Am Ende und das verstehen Sie bitte als Zusicherung meinerseits, wird ohnehin über den Weiterbetrieb und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen der Stadtrat entscheiden.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.2 Schriftliche Anfrage (F0232/05) des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion

Auswirkungen reduzierter Bundeszuschüsse zu Unterkunftskosten nach SGB II

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, hat im Rahmen einer sogenannten "Revisionssitzung" am 28.04.05 seine Absicht mitgeteilt, die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten gemäß § 46 (5) SGB II von den bisher vereinbarten 29,1% auf 7.3% zu reduzieren.

Daher frage ich die Stadtverwaltung:

- 1.) Wie hoch waren die Ausgaben für Unterkunft und Heizung nach § 22 (1) SGB II, die von der Stadt in den Monaten Januar bis Juli aufgebracht werden mussten?
- 2.) Mit welcher Erstattung durch den Bund hat die Landeshauptstadt Magdeburg in den jeweiligen Monaten gerechnet?
- 3.) Wie ist die Ausgabeprognose der Landeshauptstadt für Heizung und Unterkunft in den weiteren Monaten des Jahres?
- 4.) Welche Auswirkungen hätte die von Minister Clement beabsichtigte Reduzierung der Kostenbeteiligung für die Haushaltsplanungen der Stadt Magdeburg?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Das Ergebnis ist für die Stadtentwicklung und den Haushalt der nächsten Jahre von enormer Bedeutung. Es gibt dazu keinerlei Entscheidungen. Ich bin gespannt auf das, was am Ende bei der Revisionsbesprechung für die Stadt Magdeburg herauskommen wird. Im Moment ist es so, dass die von uns prognostizierten Kosten für die Unterkünfte im Budget liegen. Was Sie hier ansprechen, sind die Fragen der Revisionsklauseln. Im Gesetz ist vorgegeben worden: 29,1 Prozent. Und dann die spannende Frage der 2,5 Milliarden mit denen die Kommunen durch Hartz IV entlastet werden sollen. Das ist gesetzlich geregelt. Die Frage ist, wie wird es verteilt, was bekommen wir davon als Ostkommune. Die ist offen. Da gibt es keine Regelung bisher. Es wäre hilfreich zu wissen, was man dafür tut als Abgeordneter dieser Stadt, um das für uns zu organisieren. Es gibt bisher keinerlei Regelungen dazu. Bisher gehen wir davon aus, dass die Zahlungen der Revisionsklauseln, die wir im Haushalt haben, eingehalten werden. Jetzt lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen, die auch zu den aktuellen Entwicklungen dieser Tage passt. Da gibt es nachher noch eine Anfrage zu. Was passiert im Moment bei den Unterkunftskosten? Etwas ganz erstaunliches. Es gibt einen Ansturm auf kleine Wohnungen. Bedarfsgemeinschaften teilen sich. Wenn zwei Personen beispielsweise in einer Bedarfsgemeinschaft leben, in der eine Person genügend Geld verdient und die andere Person somit keinen Anspruch hat, dann wird die Bedarfsgemeinschaft offiziell aufgelöst, eine neue Wohnung angemietet und somit der Anspruch auf Sozialgeld hergestellt. Die Wohnung bezahlt die Stadt, nur die Warmwasser- und die Energiekosten werden durch den Mieter getragen. Das heißt, es kann dem Mieter völlig egal sein, was mit der Wohnung passiert. Die kann leer stehen. Das passiert im Moment in Größenordnungen. Bald gibt es kaum noch kleine Wohnungen auf dem Markt. Die spannende Frage ist, wie man dem Ganzen entgegenwirken kann, denn das geht alles zu Lasten der Kommune und des Bundes. Die Frage ist, wie man das organisieren kann.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.3 Schriftliche Anfrage (F0225/05) des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion

Treppe an den Magdeburger Originalen von Eberhard Roßdeutscher

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die in den Siebziger Jahren erstellte Fußgängerbrücke von der Altstadt über das Schleinufer zum Petriförder wurde in verschiedenen Etappen saniert.

Seit einigen Monaten ist der Treppenaufgang vom Parkplatz "Petriförder West" zur Brücke aus Sicherheitsgründen mit einem Bauzaun abgesperrt. Auf dem mittleren Podest finden trotzdem gelegentlich "Partys" statt. Darauf deuten der dort vorhandene Unrat und die Glasscherben hin.

In den Siebziger Jahren hat der bedeutende Magdeburger Bildhauer und Steinmetz Eberhard Roßdeutscher (1921 – 1980) sechs als Magdeburger Originale bezeichnete Kalksteinskulpturen geschaffen. Es handelt sich um die "Blutappelsine", den "Fliejentuten-Heinrich", den "Affenvater", die "Feuerkäwer", den "Luse-Benecke" und "Schlackaffen". Die Kunstwerke sind

als Reliefs direkt am Treppenaufgang unterhalb der Magdalenenkapelle an der alten Festungsmauer befestigt.

Ich denke, dass in dem mit Magdalenenkapelle, St. Petri und der Wallonerkirche historisch bedeutsamen und von Touristen stark besuchten Bereich die Brücke einschließlich der Treppenanlage kurzfristig wieder zur Verfügung stehen sollte.

Daher ergeben sich für mich folgende Fragen:

- 1. Wann sind erstmals Schäden an den Treppenstufen bemerkt worden? Wann wurde der Bereich abgesperrt?
- 2. Wieso wurden bei den letzten Instandsetzungsmaßnahmen der Brücke 2003 die ca. 30 Treppenstufen und zwei Podeste noch nicht instandgesetzt? Immerhin wurde das Geländer und die Wange in dem Bereich saniert.
- 3. Wann könnte die Sanierung des Treppenaufgangs abgeschlossen werden?

Ich bitte um mündliche und kurze schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Es ist nicht möglich, in diesem Jahr diese Treppenstufen noch instand zu setzen. Sie wissen, im Vermögenshaushalt ist für die Sanierung von Brücken bis zum Jahre 2007 kein Euro enthalten. Erst ab 2007. Wir werden aus dem Verwaltungshaushalt im Jahre 2006 diesen Aufwand zur Sanierung dieser Treppenanlage vornehmen und frühzeitig in 2006 sanieren.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.4 Schriftliche Anfrage (F0220/05) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Ablösesummen für Spielplätze

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Mit einer Vielzahl von Aktionen bemüht sich die Landeshauptstadt Magdeburg darum, Zeichen für ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit zu setzen.

In diesen Zusammenhang dürfte auch die Aktion "Spielplatz-Test-it" des Jugendforums, die von der Volksstimme begleitet wird, gestellt werden.

Den Nachrichten aus der wöchentlichen Dienstberatung des Oberbürgermeisters (Pressemitteilung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 23. August 2005) war zu entnehmen, dass der geplante Spielplatz in der Wohnanlage "Seestraße" nicht erreichtet wird. Sofern der

Bauausschuss dem zustimmt, zahlt der Vorhabensträger dafür eine zweckgebundene Ablösesumme.

Ich frage den Oberbürgermeister:

- 1. Wie oft wurden in den vergangenen fünf Jahren Spielplätze nicht gebaut, für die dann eine Ablösesumme gezahlt wurde?
- 2. Für welche Zwecke wurden die Ablösesummen verwendet?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Czogalla:

Zur Ablösesumme Spielplatz: Das ist erstmalig, dass hier eine Ablösesumme für die Errichtung eines Spielplatzes gezahlt werden soll. Wenn der Bauausschuss dem zustimmt, würde der Erlös, der sich um die 25.000 Euro bewegt, für die Sanierung eines vorhandenen Spielplatzes im Wohngebiet verwendet werden. Es ist in den letzten 5 Jahren überhaupt noch nicht vorgekommen, dass ein Spielplatz in der Weise durch Geldmittel abgelöst wurde. Wir wollen die Mittel dann wieder verwenden im Wohngebiet für einen vorhandenen Spielplatz.

5.5 Schriftliche Anfrage (F0221/05) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Kommunale Probleme – "Schweigen der Ämter"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Volksstimme vom 25. August 2005 wurden unter der Überschrift "Das Schweigen der Ämter" vier kommunale Probleme dargestellt, die auch bereits in der Vergangenheit für Schlagzeilen gesorgt hatten.

Ich frage Sie und bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme zu 3 der 4 angesprochenen Problemkreise. Die Kreisverkehrsproblematik ist nach Auffassung der FDP-Ratsfraktion durch die Information I0180/05 und die Beratung in der öffentlichen Sitzung des Bauausschusses hinreichend deutlich gemacht.

- 1. Werden in der Stadtverwaltung die o. g. Kritikpunkte ausgewertet?
- 2. Welche Stellungnahme bezieht die Stadtverwaltung
 - zum Problemkreis Spuraufteilung auf der Ernst-Reuter-Allee/Höhe City-Carré und Allee-Center – einem gefährlichen Provisorium für alle Verkehrsteilnehmer
 - zum Hochwasserschutz für die Landeshauptstadt/Bewuchs Alte Elbe und
 - zum Problemkreis Straßensperrungen

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Wir haben in der letzten Woche mit Bedacht geschwiegen, weil das alles schon oft wiederholt worden ist. Aber hier im Stadtrat will ich es beantworten, was da gefragt worden ist und was wir alle schon mehrfach gehört haben. Die Spuraufteilung in der Reuter-Allee haben wir vor ungefährt einem halben Jahr festgelegt. Nach Eröffnung des Tunnelbetriebes sollte dann beobachtet werden, wie sich der Verkehr entwickelt, um dann eine Entscheidung zu treffen. Das werden wir Mitte Oktober tun. Es ist dann eine Sache der Straßenverkehrsbehörde.

Zum Hochwasserschutz: Herr Prof. Bischof ist im ostelbischen Bereich tätig, wenn es um Hochwasserschutz geht. Ich persönlich war mit dem Professor 2002 während der Hochwasserphase an der damaligen Kanonenbrücke, wo die vielen Sträucher und Bäume standen. Es gibt eine Behauptung von ihm, dass das alles ganz schwierig ist und den Hochwasserschutz beeinflusst sowie den Abfluss beeinträchtigt. Jetzt kommt ein weiterer Professor dazu, ein Pilzsachverständiger. Der kann sagen, da sind Sträucher, die behindern den Abfluss. Es gibt aber Behörden, die dafür zuständig sind. Das ist in dem Fall der Bund bisher gewesen. Jetzt neu aufgeteilt zum Landeshochwasserbetrieb, der macht das und nicht die Kommune. Wir haben da gar keine Kompetenz in der Frage.

Wenn Hochwasser ist und ein Hindernis da ist, ist doch für jeden klar, wenn es ein Hindernis ist, dann muss der Wasserstand vor dem Hindernis höher sein als dahinter. Das war nicht der Fall damals. Darum sollte man das den Experten überlassen und nicht immer laienmäßig in die Zeitung schreiben und die Leute verunsichern mit Dingen, die nicht der Wahrheit entsprechen. Darum ist es meine Weisung gewesen, das überlassen wir denen, die dafür zuständig sind. Wir sorgen dafür gemeinsam mit den Behörden, dass es keine Beeinträchtigungen der Bürger gibt und dass wir den Hochwasserschutz einhalten. Aber wir sind nicht bereit, auf jeden Unfug zu reagieren, der in der Zeitung steht und auch nicht auf jeden vermeintlichen Experten zu reagieren.

Zur Problematik Straßensperrungen

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr:

Der Oberbürgermeister hat es schon gesagt. Natürlich gibt es auch mal Fehler. Aber man muss auch bei diesen speziellen Beispielen das mal so sehen. Wenn ich eine große Sperrung einrichte, da stelle ich nicht bloß ein Schild hin, gesperrt für Fahrzeuge aller Art, sondern es ist ein großer Aufwand, der da notwendig ist, Umleitungsstrecken auszuschildern usw. Das nimmt oftmals auch einen Tag in Anspruch. An dem Tag wird dann eben auf der Baustelle noch nicht gearbeitet. Am nächsten Tag haben in beiden kritisierten Fällen die Baubetriebe angefangen, ihre entsprechenden Leistungen durchzuführen. Es kann allerdings auch passieren, dass da mal zwei Tage genutzt werden von den Bauunternehmen. Da liegt das Verschulden aber nicht bei der Behörde. Und ich muss dazu auch sagen, es gibt eine Sperrkommission, in der die Polizei, die MVB, die Versorgungsbetriebe, die Straßenverkehrsbehörde, das Tiefbauamt zusammenwirken, sich die Ablaufpläne sehr konkret ansehen und daraus entsprechend ihre Entscheidungen ableiten. Man ist hier schon bemüht, sehr sorgfältig zu arbeiten, weil es ja letztendlich unsere Straßen und unsere Bürger sind, die dadurch beeinträchtigt werden.

5.6 Schriftliche Anfrage (F0229/05) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bauablaufplan Marietta-Bar

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Seit Monaten ziert der Bauzaun um den Marietta-Bar-Block bereits die Innenstadt und schränkt den gemeinsam genutzten Fußgänger- und Radfahrerbereich auf der Seite hin zum Alten Markt erheblich ein.

Derzeit ist dies als Fußgängerzone mit "Radfahrer frei". Dies führt häufig zu Kollisionen zwischen Fußgänger und Radfahrern im Haltestellenbereich bzw. zum riskanten Ausweichmanöver von Radfahrern auf das Gleisbett der Straßenbahn.

Wir fragen deshalb an:

- 1. Gibt es einen Bauablaufplan für die Maßnahme Marietta-Bar-Block? Wenn ja, wie sieht dieser aus?
- 2. Wann ist damit zu rechnen, dass diese Baumaßnahme beendet wird?
- 3. Wurde seitens der Stadt geprüft, ob der Bauzaun in diesem Ausmaß und auch in seiner Gestaltung notwendig ist ?

Wir bitten um kurze mündliche Beantwortung der Anfragen in der Stadtratssitzung am 01. 09.05 und bei Bedarf um schriftliche Beantwortung im Nachgang.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Hier handelt es sich um eine private Baumaßnahme. In der Regel geben uns die privaten Firmen ihre Bauablaufpläne nicht. Ich kann eines dazu sagen, die Bauherren waren bei mir vor meinem Urlaub. Ich und die gesamte Verwaltung machen alles, damit der Bau vorankommt, davon können Sie ausgehen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.7 Schriftliche Anfrage (F0224/05) des Stadtrates Dr. Kutschmann, BfM/Tierschutz:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um eine kurze Darstellung über den Fortgang der Arbeiten am Aussichtsturm im Stadtpark Rotehorn, da augenscheinlich Fortschritte nicht erkennbar sind.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Ich hatte mir unabhängig Ihrer Anfrage einen Ablaufplan kommen lassen. Zwischenzeitlich ist die Ebene 1 montiert worden auf dem Aussichtsturm. Ich hatte mir vom Hochbauamt vorlegen lassen, wie die anderen Abläufe sind. Danach gibt es ziemlich konkrete Termine für die Ebenen 2, 3, 4 und 5. Aber weil ich selbst unsicher war, habe ich gestern nochmals die Mitarbeiter zu der Stahlbaufirma herausgeschickt und sie haben mir bestätigt, dass mit dem morgigen Tag für alle weiteren Ebenen 2, 3 und 4 und 5 die Werkstattfertigung der Stahlteile abgeschlossen sein wird. Das heißt also, die weitere Vormontage erfolgt und die Ebenen 2 und 3 sollen in der Zeit vom 19. 9. bis 27. 9. montiert werden. Da gibt es 4 Tage Verzug. Diese 4 Tage Verzug resultieren aus Problemen mit der Verzinkerei und mit dem Anstrich. Dennoch sollen die Ebenen 4 und 5 bis zum 15. 10. - das war auch der Termin, den ich Ihnen bei der letzten Vorlage über die Mehrkosten am Aussichtsturm genannt hatte - der Stahlbau abgeschlossen werden und die Gesamtmaßnahme bis zum Jahresende ohne Café beendet sein. Mein 2. Stellvertreter, Herr Dr. Scheidemann, ist in der vergangenen Woche auch auf dem Turm gewesen und hat sich die Sache von oben angesehen und hat dabei festgestellt, das in der Tat die erste Ebene stahlbaumäßig realisiert wurde.

5.8 Schriftliche Anfrage (F0234/05) des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Effizienz und Kosten bei Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der verstärkten Übertragung von "Ein - Euro- Jobs" an private, freie und kommunale Träger wird in der Öffentlichkeit und bei Betroffenen die Frage nach Sinn, Kosten und effizienter Verwendung der eingesetzten Mittel für Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung und nach der Konkurrenz gegenüber regulären Arbeitsgelegenheiten gestellt. Es wird vermutet, dass bei kommunalen Beschäftigungsgesellschaften zu ungünstigeren Konditionen gearbeitet werden muss als bei anderen Trägern.

Darum frage ich den Oberbürgermeister:

- 1. Wie viele Menschen (Frauen, Männer) sind derzeit in der Stadt Magdeburg bei privaten, freien und kommunalen Trägern in Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung eingesetzt und in welchen Bereichen arbeiten sie?
- 2. Inwieweit können Sie kontrollieren und Einfluss nehmen, dass diese Arbeitsgelegenheiten entsprechend § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II tatsächlich wettbewerbsverträglich, zusätzlich, im öffentlichen Interesse (gemeinnützig) und dem lokalen Ansatz verpflichtet sind?
- 3. Wie viele finanzielle Mittel erhalten private, freie und kommunale Träger (bitte differenziert nach Trägern) im Durchschnitt für einen Beschäftigten und wie viel Mittel werden für Verwaltungsaufwendungen der jeweiligen Träger einbehalten und genutzt? Wie viel "kostet" somit ein Beschäftigter von Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung bei privaten und freien Trägern im Vergleich zu kommunalen Beschäftigungsgesellschaften?

Ich bitte um eine mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Es gibt gegenwärtig 3.400 Beschäftigte in Mehraufwandsbeschäftigungsverhältnissen. Davon sind 900 bei sonstigen Trägern. Ich weiß nicht, was Sie mit privaten Trägern meinen. Die meisten sind natürlich bei freien Trägern in der Wohlfahrtspflege. In privaten Firmen und Unternehmen haben wir ja keine Mehraufwandsbeschäftigungsverhältnisse. Was die Kontrolle angeht, so wissen Sie ja als Beitratsmitglied in der ARGE, dass wir einen Fachbeirat haben, wo auch die Handwerkskammer vertreten ist und wo dort im Rahmen der Möglichkeiten geguckt wird, ob irgenwo eine wettbewerbsschädliche Tätigkeit geplant ist und dann wird diese natürlich auch nicht gefördert. Es wird im Grunde genommen vorgegangen, wie bei ABM. Es müssen Unbedenklichkeitsbescheinigungen erbracht werden. Was die Finanzierung der Maßnahmen und die Höhe der Förderung angeht, so ist das von Projekt zu Projekt verschieden. Je nachdem, ob eine sozialpädagogische Betreuung oder besondere Qualifizierungsinhalte von Nöten sind, sind natürlich auch die Fördersätze unterschiedlich. Im Detail wäre dies ein Thema für den Beirat der ARGE. Dort kann man das direkt mit der ARGE dann auch auswerten.

5.9 Schriftliche Anfrage (F0236/05) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Aktueller Sachstand "Haus des Handwerks"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

erst vor kurzem wurde in der Presse auf das Schicksal des "Haus des Handwerks" hingewiesen. Gerade im unmittelbaren Umfeld des neugestalteten Universitätsplatzes stellt das Objekt in seinem jetzigen Zustand einen "Schandfleck" dar.

Daher stelle ich Ihnen folgende Fragen:

- 1. Welche Informationen liegen bei der Stadtverwaltung zur aktuellen Rechtslage beim "Haus des Handwerks" vor?
- **2.** Was für Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, dem "Haus des Handwerks" wieder zum alten Glanz bzw. zur Neunutzung zu verhelfen, z. B. im Rahmen von Förderprogrammen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Czogalla:

Zum Haus des Handwerks. Ich denke, das ist uns allen bewusst, dass das kein Glanzstück in unserer Stadt ist, aber ich glaube, es gibt noch mehrere Problemfälle, insbesondere in der Innenstadt, die noch einer Lösung harren. Ich erinnere nur an den Blauen Bock, an das Haus der Lehrer, aber auch das Haus des Handwerks macht uns Kummer seit langem. Das Haus des Handwerks ist nicht im Eigentum der Stadt Magdeburg. Das dürfte auch jedem bekannt sein. Der Eigentümer hat dieses Haus über ein Erbbaurecht an ein Ehepaar hälftig vergeben. Das Ehepaar war nicht in der Lage, die geplanten Investitionen umzusetzen. Aus diesem Grunde wurde ein Zwangsversteigerungsvermerk im Grundbuch eingetragen. Wir haben aufgrund der Anfrage aktuell ins Grundbuch geschaut, um zu sehen, wie die Entwicklung dort jetzt ist. Der Vermerk ist nach wie vor vorhanden. Ein Zwangsversteigerungstermin ist noch nicht veröffentlicht worden. Wir würden jetzt als Stadt beim Amtsgericht darüber keine Auskunft bekommen, was dort geplant ist, was auch das Amtsgericht veranlasst, die Dinge ruhen zu lassen. Wir würden uns nochmal an den Eigentümer in den nächsten Tagen wenden wollen, um zu erfahren, wie das dort weitergeht und was die Ursache des Ganzen ist. Wir würden beim Amtsgericht keine Auskunft bekommen, weil wir nicht Eigentümer sind. Ich bitte hier um Geduld. Wenn wir Näheres wissen, werden wir dann auch entscheiden, welche eventuellen Möglichkeiten einer Förderung eines Vorhabens möglich sind.

5.10 Schriftliche Anfrage (F0223/05) des Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion

Belegung des Altenpflegeheims Walther-Rathenau-Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit Abschluss der Sanierung des Altenpflegeheimes "Lerchenwuhne" wurde das Heim an der Walter-Rathenau-Straße käuflich erworben. Ein großer Teil der Heimbewohner ist in das sanierte Gebäude zurückgezogen.

Im Sinne einer wirtschaftlichen Betreibung ergeben sich für mich daher folgende Frage:

1. Wie viele Plätze von den 170 derzeit möglichen sind bzw. werden in absehbarer Zeit belegt sein?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen gemäß § 8 der Geschäftsordnung.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Der Betriebsausschuss hat sich gestern mit dem Status der Projektumsetzung an der Walter-Rathenau-Straße beschäftigt. Es sind gegenwärtig 38 Plätze belegt. Planmäßig sollen bis Ende September 50 Plätze belegt werden. Das wird nicht ganz erreicht werden, weil einige Schwerstpflegefälle ein Einzelzimmer benötigen und insofern eine Doppelbelegung nicht möglich ist. Gegenwärtig wird die I. und II. Etage benutzt. Auch das ist planmäßig, weil im übrigen Gebäudeteil Sanierungsmaßnahmen erfolgen. So diese fortschreiten, wird sukzessiv die Belegung aufgestockt. Nach Aussagen der Betriebsleitung ist die Nachfrage durchaus vorhanden.

5.11 Schriftliche Anfrage F0226/05) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Flusskreuzfahrten auf der Elbe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Flusskreuzfahrten wachsen wie kaum ein zweiter Bereich im Tourismus. Bundesweit ist die Anzahl der Fahrgäste auf Kabinenschiffen seit dem Jahr 1996 um den über 170 Prozent gewachsen. Dabei zählt insbesondere die Elbe zu den bevorzugten Revieren für Kreuzfahrer.

In diesem Zusammenhang frage ich:

- 1. Welche wirtschafts-und tourismuspolitischen Auswirkungen hat das insgesamt angestiegene Interesse an Flusskreuzfahrten auf Magdeburg? Liegen der Verwaltung hierzu konkrete Zahlen (Passagiere, Übernachtungen im Umfeld von Flusskreuzfahrten, Arbeitsmarkteffekte) vor?
- 2. Welche Maßnahmen hat die Stadt bisher unternommen, Magdeburg als Anlegestelle für Flusskreuzfahrer attraktiver zu machen? Welche Rahmenbedingungen müssen aus Sicht des Oberbürgermeisters künftig verbessert werden, um Magdeburg als Anlegestelle für Flusskreuzfahrten attraktiver zu machen?
- 3. Sieht der Oberbürgermeister Beeinträchtigungen für Flusskreuzfahrten durch die Niedrigwasserperioden der Elbe, insbesondere während der Sommermonate? Falls ja, sind dem Oberbürgermeister Fälle des Ausweichens von Flusskreuzfahrten während der Niedrigwasserperioden der Elbe bekannt?

Ich bitte um kurze mündliche Beantwortung sowie um ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionaler Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta:

Magdeburg fahren im Moment 8 verschiedene Reedereien an. Wir erwarten im Jahr 2005 rund 30 Schiffsstopps. Die genauen Zahlen können wir nur hochrechnen, weil das über die Reedereien läuft. Wir können sie aber relativ deutlich bestimmen. So ein Flusskreuzfahrtschiff hat etwa 50 Kabinen doppelt belegt. Wir können davon ausgehen, dass wir etwa 3.000 Gäste in Magdeburg haben über diese Flussschifffahrt. Das deckt sich auch mit den Zahlen der MMKT, weil in der Regel, wenn sie ihren Stopp machen, auch Stadtführungen geplant werden. Dort hat man auch 3.000 Personen, die man bei solchen Führungen im Moment durch Magdeburg führt. Die Zahl 300.000 kann ich im Moment nicht bestätigen. Mir hat man gesagt, es sind etwa 40.000 bundesweit. Es wäre ein erheblicher Anteil, der jetzt auf die Elbe herunterzurechnen ist. Es macht etwa 5 Prozent aus, die wir jetzt von der MMKT betreuen. Im Verhältnis zu den Tagestouristen und den Kongressbesuchern ist es doch ein relativ kleiner Anteil. Übernachtungen

sind in der Regel damit nicht verbunden. Es gibt eine Linie, die startet hier in Magdeburg, da kommt es bei Leuten, die Anreisen, im Vorfeld zu Übernachtungen.

Es gibt infrastrukturell 3 Anleger, an denen es für Kreuzfahrtschiffe möglich ist anzulegen. Davon sind 2 privat, Einer am Petriförder. Das ist eine Kölner Reederei. Einer im Handelshafen und ein Anleger der Weißen Flotte. Die Infrastruktur ist, denke ich, soweit in Ordnung. Was wir noch verbessern wollen und müssen, ist die MMKT mit ihren Kontakten zu den Reedereien, um den Gästen entsprechende Tagesangebote machen zu können. Die Schiffe können ab bei Niedrigwasser Magdeburg nicht mehr anfahren. Aber auch ab 4,80 m Hochwasser geht das nicht mehr. Ist das dann der Fall, buchen diese Schiffe um. Es gibt ganz unterschiedliche Reaktionen der Reedereien. In der Regel fahren sie Magdeburg dann nicht mehr an. Dann werden diese Fahrten verlegt, entweder auf den Kanal oder ganz und gar von Magdeburg weg. Einige enden dann hier, weil es stromaufwärts kompliziert wird.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.12 Schriftliche Anfrage (F0230/05) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sanierung Elbweg zwischen Hub- und Sternbrücke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Weg (für Fußgänger und Radfahrer) an der Elbe zwischen Hub- und Sternbrücke wird bereits über einen längeren Zeitraum saniert.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Die Sanierung dieses westelbischen Weges ist nicht unter der Regie des Baudezernates gelaufen. Das muss ich erst einmal feststellen. Sie hat auch mit der Sternbrücke nichts zu tun. Das ist eine AB-Maßnahme, die beinhaltete die Sanierung des Weges und soll auch die Sanierung der Treppe beinhaltet haben. Ich habe mich jetzt nicht persönlich überzeugt, ob die Treppe saniert worden ist. Mich bewegt vielmehr die Frage und das ist auch in der Öffentlichkeit mehrfach diskutiert, wie kommt denn der Radfahrer aus Süden hoch auf die Sternbrücke. Das ist das eigentliche Problem. Da haben wir uns jetzt entschieden, die alte Bahntrasse zu nutzen. Dort läuft gegenwärtig ein ABM-Antrag der GISE. Wir gehen davon aus, dass der auch genehmigt wird und dann wird die alte Bahntrasse Ende September/Anfang Oktober beginnen, wegen des Bewuchses geht das nicht eher. Dann soll diese Kurve für Radfahrer ausgebaut werden, an diesen jetzt sanierten Weg mit einer Kurve, die dann auch für Rollstuhlfahrer nutzbar ist. Das ist die gegenwärtige Planung. Ich hoffe, über die AB-Maßnahme dann auch die Realisierung. Es bleibt dann hinten für die Radfahrer noch ein Stück übrig. Diese Maßnahme, von der ich jetzt spreche, endet etwa südlich der Sternbrücke. Es bleibt noch ein kleines Stückchen übrig bis zum Park. Aber da suchen wir gegenwärtig auch nach einer Lösung. Sie haben selbst gesehen, mit welchem Eiltempo das da auf dem anderen Bereich vorangegangen ist. Weil aber hier auch Profileistungen mit vorgesehen sind -- wir wollen den Radweg auf der Bahntrasse zum Teil bituminös befestigen - müssen wir allerdings wieder die alten Gleise berücksichtigen, dürfen nur zwischen den Gleisen

bituminös befestigen. Wir wissen im Moment noch nicht genau, wie wir den Rand machen. Aber ich denke, er wird zum Frühjahr nutzbar sein.

5.13 Schriftliche Anfrage (F0233/05) des Stadtrates Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

entsprechend getätigter Veröffentlichungen in der Volksstimme wurden die Bürgerinnen und Bürger informiert, dass derzeit die ARGE prüft, ob die Arbeitslosengeld-II-Empfänger "angemessen" wohnen. Nach bisherigen Informationen war bei 500 Stichproben von insgesamt rd. 20.000 Bedarfsgemeinschaften festgestellt worden, dass von 350 Ein- und Zwei-Personenhaushalten 174 erheblich über die zulässigen Höchstgrenzen lagen.

Ich frage Sie, Herr Oberbürgermeister:

- 1. Warum wurden der Stadtrat und die zuständigen Ausschüsse, außer der ARGE-Beirat, nicht über diese Ergebnisse informiert?
- 2. Welche weiteren Schritte sind seitens der Stadtverwaltung bezogen auf die genannten Sachverhalte vorgesehen und soll es dazu eine konkrete Analyse über die konkreten Kosten bei Duldung bzw. "Zwangsumzug" geben? Wenn ja, wann soll der Stadtrat darüber in Kenntnis gesetzt werden?
- 3. Entsprechen die von der Stadt bzw. ARGE festgelegten Höchstgrenzen für Kaltmiete und Betriebskosten, auch vor dem Hintergrund des derzeitigen flächenhaften Rückbaus von Wohnungen, noch der tatsächlichen Situation?
- 4. Gibt es in der Stadt Magdeburg für die betroffenen Personen adäquaten Wohnraum zu den festgelegten Höchstgrenzen?
- 5. Beabsichtigt die Stadtverwaltung einen neuen empirischen Mietspiegel zu erarbeiten um verlässliche Aussagen über die Angemessenheit von Wohnraum zu gelangen?

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Als wir am 1. Januar mit Hartz IV und der Umsetzung begannen, wussten wir nicht, wie die Arbeitslosenhilfeempfänger wohnen und das wissen wir eben jetzt auch noch nicht. Insofern ist die Datenlage, so wie sie in der Volksstimme veröffentlicht wurde, nicht valide. Diese Ermittlungen dauern an. Insofern konnten wir Ihnen als Stadtrat auch bislang keine entsprechenden Informationen geben. Wir haben aber, weil ich von den Daten in der Volksstimme auch etwas überrascht war und das nicht so besonders glücklich fand, eine Information über den Stand der Erkenntnisse für Sie vorbereitet. Auf der anderen Seite ermitteln wir jetzt auch in welchem Umfang Wohnraum für 1- und 2-Personen-Haushalte verfügbar sind und zu welchen Preisen. Was wir wissen ist, dass die durchschnittlichen Unterkunftskosten pro

Bedarfsgemeinschaft auch diversifiziert nach Größe der Bedarfsgemeinschaften deutlich unter unseren Höchstgrenzen liegen. Vielmehr wissen wir nicht. Deswegen muss die Erfassung weitergehen. Wir haben im letzten Sommer schon angekündigt, wenn unsere Richtlinie angepasst werden muss, dann tun wir das. Bei Überschreitungen von über 60 €werden wir mit den Betroffenen sprechen. Das führt aber auch nicht unmittelbar zu einem Umzug. Da gibt es auch andere Lösungen. Dazu sind wir gesetzlich verpflichtet. Die Stadt Bochum ist durch den Bundesrechnungshof schon aufgefordert worden, ihre Grenzen einzuhalten. Also von daher ist das ein schwieriges Gebiet und wir tasten uns vorischtig heran und bleiben bei dem Grundsatz, dass wir keine Umzugswelle hervorrufen wollen. Anpassung nach oben sehe ich im Moment nicht. Aber wir müssen abwarten, was bei den kleinen Wohnungen jetzt über die Abfrage bei den Wohnungsunternehmen herauskommt. Die Information wird am 13. 9. beim Oberbürgermeister sein, danach im Gesundheitsausschuss und zuletzt im Stadtrat.

5.14 Schriftliche Anfrage (F0237/05) des Stadtrates Heynemann, CDU-Fraktion

Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundeswehr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

vorab möchte ich im Namen meiner Fraktion, und ich denke auch Sinne des gesamten Stadtrates, der Bundeswehr ganz herzlich für die Durchführung des feierlichen Gelöbnisses und des Großen Zapfenstreiches in Magdeburg danken.

Bereits im März des Jahres 2003 beantragte die CDU-Ratsfraktion, dass die Stadtverwaltung mit den zuständigen Bundeswehrdienststellen Kontakt aufnehmen sollte mit dem Ziel, ein Gelöbnis in Magdeburg stattfinden zu lassen. Leider fand dieser Antrag damals nicht die notwendige Mehrheit im Stadtrat (A0023/03, Beschluss-Nr. 2223-62(III)03).

Um so erfreulicher, dass im Rahmen des 1200jährigen Stadtjubiläum die Deutsche Bundeswehr unserer Stadt, die eine sehr lange militärische Tradition aufzuweisen hat, solche "Geschenke" gemacht hat.

Daher stelle ich folgende Fragen:

- 1. Gibt es von Seiten der Stadtverwaltung weiterhin daran Interesse, öffentliche Gelöbnisse in Magdeburg durchführen zu lassen?
- 2. Wenn ja, welche entsprechenden Gespräche werden bereits geführt bzw. wenn nicht, worin liegt die Ablehnung begründet?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Zunächst zu der Veranstaltung am letzten Donnerstag. Diese ist positiv aufgenommen worden. Das Zustandekommen dieser Veranstaltung war ein Geschenk der Bundeswehr an die Stadt Magdeburg zum 1200-jährigen Jubiläum. Ob die Stadtverwaltung daran Interesse hat, kann ich

nicht beantworten. Ich kann nur sagen, was ich für Interesse daran habe. Ich bin nicht die Stadtverwaltung, ich bin nur Einer aus der Stadtverwaltung. Ich würde das begrüßen, wenn das von Fall zu Fall wieder in der Stadt Magdeburg stattfinden würde. Ich weise aber darauf hin, dass wir keine große Garnisionsstadt sind. Wir haben hier kaum Rekruten, die in Magdeburg stationiert sind. Von daher ist das immer üblicherweise an Standorten, wo es viele Rekruten gibt. Wenn wir es nochmal hinbekommen, bin ich kein Gegner, dass es in Magdeburg stattfindet. Im Moment laufen keine Gespräche. Das heißt aber nicht, dass das als Ablehnung aufzufassen ist.

5.15 Schriftliche Anfrage (F0222/05) des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion

Robocup in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vom 13. Juni bis zum 19. Juni 2006 findet in Bremen die nächste Robocup-Weltmeisterschaft statt.

Im Vorfeld der Weltmeisterschaft sollen an zwei bis drei Standorten in Deutschland Qualifizierungsturniere im Robocup-Junior-Bereich stattfinden, in dessen Rahmen Junior-Teams die Möglichkeit haben, sich für die Teilnahme an der Weltmeisterschaft zu qualifizieren.

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat gegenüber dem Organisationskomitee ihr Interesse bekundet, ein derartiges Qualifikationsturnier vom 31. März bis zum 02. April durchzuführen.

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

- 1. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die Chancen, ein solches Turnier im kommenden Jahr in unserer Stadt durchzuführen?
- 2. Wie sehen die derzeitigen Planungen aus?
- 3. Welche Veranstaltungen (wissenschaftliche Kolloquien, Schauturniere) sind im Umfeld des Turniers denkbar?
- 4. Wie viele Teilnehmer werden erwartet?
- 5. Welche Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft konnten bisher gewonnen werden?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen gemäß §8 der Geschäftsordnung.

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionaler Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta:

Es ist in der Tat so, die Idee ist mal an diesen Stadtrat durch einen Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN herangetragen worden. Damals war es allerdings etwas knapp. Das war nicht zu leisten. Wir hatten dann das Thema auch in unser Programm aufgenommen; Stadt der Wissenschaft. Das war einer der Bausteine, die dort enthalten sind. Es wird im nächsten Jahr

diese Weltmeisterschaft in Bremen stattfinden. Das ist natürlich für Magdeburg nicht realisitisch. Es gibt auch in der Regel Qualifikationsturniere in Deutschland für diese Weltmeisterschaft. Das sind normalerweise die German Open. Da aber im nächsten Jahr die Weltmeisterschaft stattfinden wird, wird es die German Open, die immer in Paderborn stattfindet, nicht geben. Es wird, das ist jetzt die Festlegung des Veranstalters, mehrere regionale Qualifikationsturniere geben. Für eines dieser Qualifikationsturniere besteht die Bereitschaft, es in Magdeburg durchzuführen. Wir haben im Moment als Zeitfenster dafür 31. März bis 2. April 2006. Es würde sich speziell auf das Thema Juniorcup konzentrieren. Das heißt, die jugendlichen Schüler haben drei Themen: Fußballspielen, Tham Robodancing und Rescue.

Zum Thema Zuschauer: Das ist natürlich etwas schwierig zu greifen, Teilnehmer und Zuschauer. Regionalturniere sind ein Novum. Wir gehen davon aus, dass wir hier auf alle Fälle Ostdeutschland, möglicherweise auch Norddeutschland für diese Qualifikation erreichen. Wir wissen von den German Open, dass dort immer so etwa 5.000 Zuschauer dabei sind. Das werden wir sicherlich nicht erreichen. Aber man muss davon ausgehen, dass wir hier auch eine vernünftige Anzahl bekommen. Ich unterstelle jetzt mal, dass der Stadtrat zu dem damaligen Votum steht. Wir sind im Moment dabei -das ist natürlich erst einmal eine Aufgabe des Veranstalters, das können wir nicht übernehmen- gemeinsam mit der Messe, das Konzept zu verfeinern. Ein grobes Konzept liegt in der Zwischenzeit vor. Jetzt geht es darum, das zu untersetzen. Welche Anforderungen und auch welche Finanzen müssen dafür aufgewendet werden. Damit würden wir dann in ganz kurzer Zeit an Sie nochmals herantreten.

5.16 Schriftliche Anfrage (F0231/05) des Stadtrates Herbst, FraktionFraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Feierliches Gelöbnis auf dem Domplatz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In der vergangenen Woche legten Hunderte von Rekruten der Bundeswehr das feierliche Gelöbnis erstmalig auf dem Domplatz in Magdeburg ab. Das traditionelle Gelöbnis stand in diesem Jahr im Zeichen von 1200 Jahren Magdeburg und des 50-jährigen Bestehens der Bundeswehr. Da wurde mit dem Domplatz als Ort des Geschehens ein würdiger Rahmen gefunden.

Allerdings ging es hinter den Kulissen ganz offensichtlich nicht so würdig zu, sondern eher das Gegenteil war der Fall.

Einem Magdeburger Künstler war aufgefallen und er beklagt sich zu recht darüber, dass die für den Notfall bereitgestellten mobilen Toilettenanlagen während Vereidigungszeremonie und Zapfenstreich unmittelbar vor dem Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma aufgestellt wurde, obwohl dies ebensogut auch zehn Meter weiter südlich, vor den angrenzenden Hecken, hätte aufgebaut werden können.

Das Sinti-und Roma-Mahnmal war durch die davor installierten Toiletten nicht mehr zu erkennen und wurde hinter den Toiletten "versteckt". Ein solcher Umgang wird der Würde des Mahnmals nicht gerecht und ist nicht zu tolerieren. Selbst wenn es sich nur um eine bedauerliches Versehen handeln sollte, so spricht der

Vorgang doch für ein eigenartiges Verhältnis zur Bedeutung des Ortes. Es ist nur schwer vorstellbar, dass Toilettenhäuschen etwa um das Einheitsdenkmal oder um das Sedansdenkmal heraum aufgebaut würden.

Die auf das Problem angesprochenen Bundeswehrsoldaten, die für die Sicherung der Zufahrt der Hegelstraße abkommandiert waren, konnten nicht benennen, wer für diese Konstellation verantwortlich war.

Wir fragen deshalb an:

Wer war für die Genehmigung der Veranstaltung verantwortlich bzw. wer hat seitens der Stadt die notwendigen Absprachen mit der Bundeswehrverwaltung getroffen ?

Wie sehen Sie, Herr Oberbürgermeister, das Ansehen und die Verantwortung der Stadt im Jubiläumsjahr gewahrt, wenn es im Rahmen solcher Feierlichkeiten zu derartigen Entgleisungen kommt?

Wir bitten um mündliche Beantwortung in der Stadtratssitzung am 01. 09.05 und bei Bedarf um schriftliche Beantwortung im Nachgang.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Lassen Sie mich einige Sätze vorab sagen, auch weil ich damals die Aufgabe hatte. Die Errichtung dieses Mahnmals vorzubereiten, zusammen mit den Opferverbänden, mit den Kirchen, war eine sehr intensive Diskussion. Ich war auch in Heidelberg bei dem Zentralrat der Sinti und Roma. Mir sagte damals Herr Reuter, der Mitarbeiter von Romanirose, dass Magdeburg die erste Stadt sei, die aktiv auf den Zentralrat der Sinti und Roma zugegangen ist. Wer dabei war bei der Einweihung dieses Mahnmals, kann sich auch sehr gut daran erinnern, welch bewegende Veranstaltung im Dom und dann am Mahnmal selbst dies war. Wir haben auch versucht, später aus der Kultur der Sinti und Roma das eine oder andere in Magdeburg zu präsentieren, etwa im Bereich der Malerei etc.

Bei der Genehmigung dieser Veranstaltung hat das Büro 12hundert natürlich eine moderierende Funktion, wie bei allen Projekten auch, im Benehmen mit den entsprechenden Genehmigungsbehörden. Sie können sich vorstellen, dass eine Vielzahl von Abstimmungen notwendig ist. Mir selbst ist es nicht aufgefallen, weil ich nicht dort war. Es ist auch im Vorfeld nicht bekannt gewesen. Dass das letztendlich der Würde des Ortes nicht entspricht, das ist so. Deswegen sollte man in Zukunft sehr genau darauf achten, dass sich dieses nicht wiederholt. Wenn es den Zentralrat der Sinti und Roma erreicht hat, könnte die Stadt das durchaus auch erklären. Aber was bleibt, ist sicherlich auch die Erinnerung vom Zentralrat, dass wir, ich wiederhole es, sehr bewusst mit der Geschichte mit der Ermordung und der Vertreibung der Sinti und Roma auch in Magdeburg umgegangen sind als Stadt und dass wir dieses Bewusstsein in die Stadtmitte zurückgeholt haben und nicht randständig gelassen haben. Das bleibt und wird auch immer bleiben.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.17 Schriftliche Anfrage (F0235/05) der Stadträtin Frömert, Fraktion "Die Linkspartei.PDS"

ÖPNV-Plan des Landes Sachsen-Anhalt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Landesregierung hat für den vom Ministerium für Bau und Verkehr erarbeiteten Entwurf des ÖPNV-Planes des Landes Sachsen-Anhalt das öffentliche Anhörungsverfahren eingeleitet. In das Anhörungsverfahren sind neben vielen anderen die kommunalen Aufgabenträger einbezogen. Die Landesregierung hat das Verfahren bis zum 30. September 2005 befristet.

- Wie und wann beabsichtigen Sie, den Stadtrat, seinen Ausschuss StBV sowie die Gremienvertreter des Magdeburger Verkehrsunternehmens in die Diskussion zum Standpunkt der Landeshauptstadt einzubeziehen?

Ich bitte um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky:

Der ÖPNV-Plan des Landes liegt uns seit 17. 8. vor. Am 30. 9. soll die Stellungnahme abgegeben werden. Es ist nach der ersten Sichtung, die die Mitarbeiter durchgeführt haben, in erster Linie ein Plan, der sich mit dem Schienenpersonennahverkehr befasst, das heißt also, der öffentliche Personennahverkehr der Landeshauptstadt Magdeburg ist damit fast nicht berührt. Das Land verweist in seiner Positionierung auch darauf, dass es eine Fachplanung des Landes ist und auf den Schienenpersonennahverkehr ausgerichtet ist. Es ergeben sich möglicherweise daraus Ableitungen auf die bestehenden Nahverkehrspläne. Wir beabsichtigen, eine Stellungnahme zu erarbeiten, gemeinsam mit den MVB und unter Beachtung des Zeittermins, am 22. 9. im StBV möglichst noch darüber zu sprechen, damit zumindestens hier die Mitwirkung gewährleistet werden kann, und informativ den Aufsichtsrat am 30. 9. einzubeziehen.

5.18 Schriftliche Anfrage (F0238/05) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

Ich hätte noch einmal eine spontane zweite Frage. Vorgestern Abend wurde ich darüber informiert, dass Aushänge im Karl-Miller-Bad und Freibad Süd angebracht worden sind, dass die beiden Freibäder zum 1. September schließen sollten. Daraufhin hat spontan am gleichen Abend noch eine Unterschriftenaktion stattgefunden. Über 100 Unterschriften wurden dort gesammelt. Die Gespräche, die Herr Stadtrat Schindehütte und ich dann im Laufe des Mittwochs mit der Verwaltung geführt haben, haben dann letztendlich auch bei allen Beteiligten zu einer Lösung geführt, die heute in der Presse stand. Ich möchte mich diesbezüglich auch im Sinne von vielen hundert Magdeburgern bedanken für die spontane und schnelle Lösung, die die Verwaltung in diesem Fall gefunden hat. Dies möchte ich aber auch in eine Frage kleiden, Herr Dr. Koch. Wie können Sie sich vorstellen, aus der Erfahrung dieser Situation, sofern es die Wetterlage im Jahr

2006 erlaubt, wenn der Schließungszeitpunkt wieder der 30. 8. ist, wie wir dann diese, doch Schwierigkeiten, die Sie ja geschildert haben, hinsichtlich der Bereitstellung von Rettungsschwimmern, hinsichtlich der Bereitstellung auch der notwendigen Leute, wie könnten wir da kurzfristig reagieren, dass solch ein Punkt nicht wieder eintritt?

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport:

Vielen Dank für den Anruf bei mir. Ich gebe das Lob an das Schulverwaltungsamt weiter. Ich könnte es mir einfach machen und sagen, 2006 können Sie sich wieder auf die Flexibilität der Verwaltung verlassen, wie nicht nur in diesem Punkt, sondern auch in anderen Bereichen. Wir haben in diesem Jahr bekanntlich auch eine besondere Wetterlage gehabt. Wir haben die Hallenbäder zusätzlich geöffnet und dort Personal vorgehalten. Das Problem war, dass wir z. B. nicht hinreichend Rettungsschwimmer hatten, die häufig Schüler sind, die jetzt nach den Ferien wieder im Schulbetrieb sind und kurzfristig aufgrund der Witterungslage nicht zur Verfügung standen. Das war ein Punkt. Hier würde ich daraus die Konsequenz ziehen, dass man rechtzeitig nochmals mit den entsprechenden Partnern, die wir dort haben, das Gespräch sucht, um auch für den Fall, wenn der Schulbetrieb wieder angelaufen ist, einen Pool von Rettungsschwimmern zu bilden, der kurzfristig zur Verfügung steht.

Wir werden zukünftig insoweit vorbeugen.

5.18 Mündliche Anfrage des Stadtrates Zentgraf, Fraktion "Die Linkspartei.PDS"

Wann erfolgt die Antwort zu meiner Frage bezüglich der Vorlage des Abschlussberichts zur Problematik "Aussichtsturm" im Zusammenhang mit dem TOP 6.17 – DS0281/05 in der Stadtratssitzung am 11.07.05

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Die Antwort dazu erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung.

- 6. Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1. Festlegung der Auswahlkriterien für Märkte und Volksfeste DS0251/05

 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine

Verwaltung

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern hinterfragt kritisch den Grund der Vorlage der Drucksache DS0251/05.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz begründet die vorgelegte Drucksache DS0251/05.

Stadtrat Giefers, FraktionFraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für die Annahme der Drucksache DS0251/05 aus.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 571-18(IV)05

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die in der Anlage beigefügten Vorgaben zur Ausübung des Auswahlermessens gem. § 70 Gewerbeordnung für die Durchführung von Märkten und Volksfesten in der Landeshauptstadt Magdeburg, welche unmittelbar bzw. mittelbar durch die Landeshauptstadt Magdeburg durchgeführt werden.

6.2. Neufassung zur Hauptsatzung und Änderung der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Magdeburg

DS0267/05

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0267/05/1 der SPD-Fraktion
- Änderungsantrag DS0267/05/3 des Oberbürgermeisters
- Änderungsantrag DS0267/05/4 des Vergabeausschusses

Die Ausschüsse VW und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg legt die Position des Ausschusses zur Thematik dar.

Stadtrat Grünert, Fraktion "Die Linkspartei.PDS", hält den Änderungsantrag DS0267/05/1 der SPD-Fraktion für nicht geschäftsordnungskonform.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0267/05/1 und geht auf die Anmerkungen des Stadtrates Grünert, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" ein.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz unterstützt im Namen der Verwaltung ausdrücklich den Änderungsantrag DS0267/05/1 der SPD-Fraktion und sieht aus rechtlicher Sicht keine Bedenken.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0267/05/1 der SPD-Fraktion mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. § 5 der Hauptsatzung wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlperiode einen Vorsitzenden und für den Verhinderungsfall zwei Stellvertreter. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

- 2. § 1a der Geschäftsordnung wird wie folgt geändert:
 - (1) Die Wahl des Vorsitzenden des Stadtrates und seiner Stellvertreter erfolgt in der konstituierenden Sitzung ohne Aussprache und geheim in jeweils getrennten Wahlgängen.
 - (2) Die Stellvertreter führen nach der Reihenfolge der Vertretungsbefugnis die Bezeichnung "Erster" bzw. "Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates".

[...]

Gemäß Änderungsantrag DS0267/05/3 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat möge beschließen, den § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung wie folgt zu ändern:

"(2) Tonträger im Sinne von Abs. 1 sind nach Anfertigung der Sitzungsniederschrift und der Genehmigung des Sitzungsprotokolls durch den Stadtrat dem Stadtarchiv zur Übernahme in das kommunale Archivgut zu übergeben.

Die weitere Behandlung als Archivgut und die Herausgabe an Stadträte/innen, die Fraktionen oder Dritte richtet sich nach gesetzlichen Vorschriften, insbesondere nach dem Archivgesetz des Landes Sachsen-Anhalt."

Gemäß Änderungsantrag DS0267/05/4 des Ausschusses VG beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der § 11 der Hauptsatzung wird wie folgt geändert:

(3) Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen nach VOL sowie Bauleistungen, in beiden Fällen jedoch nur, soweit die Auftragssumme im Einzelfall 150.000,00 EUR nicht übersteigt und sonstige Leistungen, insbesondere freiberufliche Leistungen (wie z. B. Architekten- und Ingenieurleistungen, Beraterverträge u.ä.) soweit die Auftragssumme im Einzelfall 100.000,00 Euro nicht übersteigt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossener Änderungsanträge mit 34 Ja-, 0 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 572-18(IV)05

I.

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß beiliegender Anlage

П.

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg und seine Ausschüsse gemäß beiliegender Anlage

6.3. Beendigung der Liquidation der Sanierungsgesellschaft Magdeburg mbH i.L. (SGM i.L.)

DS0419/05

BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 573-18(IV)05

Die Gesellschaftervertreter der Sanierungsgesellschaft Magdeburg mbH i.L. (SGM i.L.) werden angewiesen:

- die Liquidation der SGM i.L. zum 30.09.2005 durch Löschung der Gesellschaft zu beenden,
- den Liquidator zu beauftragen, die Löschung der SGM i.L. zum 30.09.2005 beim Handelsregister anzumelden,
- den Liquidator zu beauftragen, den Liquidationsüberschuss der SGM i.L. zum 30.09.2005 an den Gesellschafter Landeshauptstadt Magdeburg auszukehren.

6.4. Beteiligung der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) an der ESA Patent- und Erfinderzentrum Sachsen-Anhalt GmbH

DS0228/05

BE: Bürgermeister

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 574-18(IV)05

Der Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung seine Zustimmung zu einer Beteiligung der IGZ GmbH an der ESA Patent- und Erfinderzentrum Sachsen-Anhalt GmbH zu geben.

6.5. Jahresabschluss 2004 der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH (MMKT)

DS0326/05

BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG emfpiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 575-18(IV)05

- 1. Der Stadtrat nimmt den von der Sozietät Anochin, Puls, Fehling, Köhler, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2004 der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH (MMKT) zur Kenntnis.
- 2. Die städtischen Gesellschaftervertreter der MMKT werden angewiesen:
- den Jahresabschluss 2004 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.665.377,37 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.169.319,84 EUR festzustellen,

- den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.169.319,84 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2004 geleisteten Liquiditätshilfen in Höhe von 1.166.198,00 EUR zu verrechnen und den Restbetrag in Höhe von 3.121,84 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Geschäftsführer, Herrn Ahrens, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung zu erteilen,
- die Sozietät Anochin, Puls, Fehling, Köhler, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2005 zu bestellen.

6.6. Jahresabschluss für das Jahr 2004 der Magdeburger Stadthallenbetriebsgesellschaft "Rotehorn" mbH

DS0374/05

BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 576-18(IV)05

- 1. Der Stadtrat nimmt den von der Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2004 der Magdeburger Stadthallenbetriebsgesellschaft "Rotehorn" mbH zur Kenntnis.
- 2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2004 mit einer Bilanzsumme von 941.523,13 EUR und einem Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 1.024.212,02 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 1.024.212,02 EUR mit den Verlustausgleichszahlungen des Gesellschafters ins Eigenkapital in Höhe von 1.024.212,02 EUR zu verrechnen,
 - den nicht zur Verlustabdeckung benötigten Anteil des Liquiditätszuschusses 2004 der Stadt in Höhe von 49.687,98 EUR an den städtischen Haushalt abzuführen,
- dem Geschäftsführer Hartmuth Schreiber für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung zu erteilen,
- dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung zu erteilen.

6.7. Vermarktungsoffensive "Magdeburg überrascht"

DS0158/05

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit WV v. 11.07.2005

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta begründet die erneute Vorlage der Drucksache DS0158/05 und weist darauf hin, dass mit dem Beschluss keine finanzielle Belastung verbunden ist. Er bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0158/05.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Drucksache DS0158/05 Stellung.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, nimmt zur Informationsveranstaltung des Oberbürgermeisters mit allen Experten Stellung. Er wirbt in seinen umfangreichen Ausführungen für die Annahme der Drucksache DS0158/05.

Stadtrat Grünert, Fraktion "Die Linkspartei.PDS", geht kritisch auf die Ausführungen des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta ein.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, übt bezüglich des Punktes 4 des Beschlussvorschlages Kritik, dass bis zum heutigen Tag kein Finanzierungskonzept vorliegt.

Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion, begründet ihre ablehnende Haltung zur vorliegenden Drucksache DS0158/05.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die kritischen Anmerkungen einzelner Stadträtinnen und Stadträte ein. Er beklagt in diesem Zusammenhang die geringe Teilnehmerzahl von Stadträtinnen und Stadträten bei der durchgeführten Informationsveranstaltung zur Thematik und vermisst weitere Vorschläge seitens des Stadtrates.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern geht auf die Äußerungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper ein und merkt an, dass er der Drucksache DS0158/05 ohne Vorlage eines finanziellen Konzeptes nicht zustimmen kann.

Stadtrat Dr. Hildebrand, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" unterstreicht die Ausführungen des Stadtrates Grünert, Fraktion "Die Linkspartei.PDS".

Nach weiterer Diskussion, in der der Oberbürgermeister das Vorgehen der Verwaltung bezüglich des Punktes 4 des Beschlussvorschlages begründet, hält Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Spruch "Magdeburg überrascht" für eine offensive Werbung nicht geeignet und lehnt die Drucksache DS0158/05 ab.

Vertreter der Fraktion future! – die jugendpartei und der SPD-Fraktion unterstützen die Drucksache DS0158/05.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 15 Ja-, 9 Neinstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 577-18(IV)05

- 1. Die Landeshauptstadt Magdeburg startet mit der Wortmarke "Magdeburg überrascht" (Anlage) eine Vermarktungsoffensive.
- 2. Die Vermarktungsoffensive beginnt im Anschluss an die 1200 Jahrfeier und ist zunächst begrenzt bis zum 31.12.2008.
- 3. Alle Bereiche der Stadtverwaltung verwenden zukünftig die Wortmarke "Magdeburg überrascht". Durch den Oberbürgermeister ist eine Richtlinie zu erarbeiten.
- 4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept notwendiger zusätzlicher Marketinginstrumente und deren Finanzierung vorzulegen.
- 5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis zum Abschluss der Vermarktungsoffensive eine einheitliche Stadtmarketingstrategie zu entwickeln und mit den Marketingträgern der Stadt, insbesondere MKT und Pro M, abzustimmen.

6.8. Vertragsänderung Eike-von-Repgow-Preis

DS0318/05

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 578-18(IV)05

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Vertrages über die Verleihung des Eike-von-Repgow-Preises dahingehend, dass der Eike-von-Repgow-Preis alternierend mit einem Eike-von-Repgow-Stipendium dergestalt vergeben wird, dass in Jahren mit gerader Jahreszahl der Preis und in denen mit ungerader Jahreszahl das Stipendium vergeben wird

6.9. Bestätigung der Richtlinie für Tagespflege

DS0208/05

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Die Ausschüsse KRB, Juhi und FuG empfehlen die Beschlussfassusng.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" bringt den Änderungsantrag DS0208/05/1 ein.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, votiert gegen den Änderungsantrag DS0208/05/1 und plädiert dafür, den Bestandsschutz nicht zu belasten. In ihren weiteren umfassenden Ausführungen geht sie kritisch auf die Nr. 5 der Richtlinie ein.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt die Anmerkungen der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion. Er lehnt den Änderungsantrag DS0208/05/1 der Fraktion "Die Linkspartei.PDS" ab und unterstützt die vorliegende Drucksache DS0208/05.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker erläutert umfassend die Faktenlage zur Drucksache DS0208/05 und geht dabei u.a. auf den Tagespflegebedarf und auf die Ausführungen der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, ein.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, signalisiert unter Berücksichtigung folgender redaktioneller Änderungen des Ausschusses Juhi zur Richtlinie seine Zustimmung zur Drucksache DS0208/05:

Seite 5 der Richtlinie: 4. Einigung der Tagespflegestelle

Zwei Tagespflegepersonen können in einer Wohneinheit auch die Betreuung von *maximal* je 5 Kindern realisieren.

Seite 6 der Richtlinie: 4.4 Anzeigepflichten

Insofern mehr als drei Kinder in einer Wohnung *betreut werden*, ist die Nutzungsänderung beim Bauordnungsamt (Amt 63) zu beantragen.

Seite 8 der Richtlinie: 10. Berechnung des städtischen Zuschusses nach Betreuungsart

Die kindbezogenen Sachkosten betragen, bezogen auf die Anerkennungs-

fähigkeit pro Kind/pro Monat.

Stadtrat Müller, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" spricht sich ebenfalls für die Annahme der Drucksache DS0208/05 aus, sieht aber noch Klärungsbedarf bei Detailfragen zur Tagespflege. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0208/05/1 seiner Fraktion.

Abschließend geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein und merkt an, dass die vorliegende Drucksache DS0208/05 als Botschaft bezüglich der Qualität der Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege zu verstehen ist.

Nach eingehener Diskussion wird der Änderungsantrag DS0208/05/1 der Fraktion "Die Linkspartei.PDS" –

Der Stadtrat möge beschließen:

Die "Richtlinie für Tagespflege" wird um folgenden Punkt ergänzt:

4.5. Die Regelungen für Tagespflegestellen, in denen die Voraussetzungen zur Betreuung von Kindern zweier Tagespflegepersonen in einer Einrichtung (Wohneinheit oder anderen Räumen) festgestellt werden, sind bis zum 31.12.2007 befristet. Danach ist eine Tagespflegestelle, in der zwei oder mehr Tagespflegepersonen Kinder betreuen, nicht zulässig.

vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der redaktionellen Änderungen des Ausschusses Juhi einstimmig:

Beschluss-Nr. 579-18(IV)05

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie zur Tagespflege der Landeshauptstadt Magdeburg (siehe Anlage).

Die Richtlinie tritt zum Zeitpunkt des Beschlusses des Stadtrates in Kraft.

6.10. Besetzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" mit dem Beschäftigtenvertreter

DS0301/05

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Der BA SSW empiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 580-18(IV)05

Der Stadtrat beschließt auf Vorschlag der Personalvertretung des Eigenbetriebes "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" die Bestellung von Frau Angelika Würtz als Beschäftigtenvertreter für den Betriebsauschuss SSW.

6.11. Antrag der Firma MACO zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 431-1 A

DS0290/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss UwE lehnt die Beschlussfassung ab.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stern informiert über die kontroverse Diskussion im Ausschuss und über zwei abgelehnte Änderungsanträge. Er bringt den Änderungsantrag DS0290/05/1 ein.

Stadtrat Zentgraf, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" bringt ebenfalls einen Änderungsantrag ein.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, geht umfassend auf die vorliegende Drucksache DS0290/05 und auf die Diskussion im Ausschuss StBV ein. Er empfiehlt, den Änderungsantrag des Stadtrates Zentgraf, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" abzulehnen und die Drucksache DS0290/05 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0290/05/1 des Stadtrates Stern zu beschließen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion argumentierten Vertreter der CDU-Fraktion und der Fraktion "Die Linkspartei.PDS" für eine Erweiterung der Verkaufsflächen im MACO-Center Magdeburg.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky nimmt zu den Ausführungen des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion, Stellung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, sprechen sich für die Annahme der Drucksache DS0290/05 aus.

Gemäß Änderungsantrag DS0290/05/1 des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

Dem Antrag der Firma MACO-Möbel zur Erweiterung des Lebensmittelmarktes von einer Nettofläche von 1.200m² (Brutto – 1.500m²) wird entsprochen.

Eine Abstimmung zum Änderungsantrag des Stadtrates Zentgrafes, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0290/05/1 des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, **erübrigt.**

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0290/05/1 des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 581-18(IV)05

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend des Antrages der Firma MACO-Möbel, den Lebensmittelmarkt um eine Nettofläche von 1.200 m² zu erweitern und den § 5 der textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 431-1 A"Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten", Teilbereich A, dahingehend zu ändern.

6.12. Kooperationsvereinbarung IBA-Büro - Landeshauptstadt Magdeburg

DS0313/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 582-18(IV)05

Der Stadtrat beschließt gemäß dem Vorschlag der Verwaltung, die vorliegende Kooperationsvereinbarung zwischen dem IBA-Büro und der Landeshauptstadt Magdeburg durch den Oberbürgermeister unterzeichnen zu lassen.

6.13. Straßenname

DS0273/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 583-18(IV)05

Der Stadtrat beschließt die Benennung des Messe- und Veranstaltungsplatzes am Kleinen Stadtmarsch auf der Rotehorninsel mit der Bezeichnung

Messeplatz Max Wille

6.14. Straßenname DS0277/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 584-18(IV)05

Der Stadtrat beschließt die Benennung der Erschließungsstraße im Entwicklungsgebiet am Handelshafen südlich des Hafenbeckens als

Joseph-von-Fraunhofer-Straße

6.15. Straßenname DS0330/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 585-18(IV)05

Der Stadtrat beschließt die Benennung der Erschließungsstraße für die Bebauung zwischen Krähenstieg, Am Krähenberg und Barleber Straße als

Dohlenstieg

6.16. Widmung der Gemeindestraßen Zaunkönigstraße, Rotkehlchenstraße, Sperlingweg und Storchenweg im B-Plan-Gebiet 302-2 "Vogelbreite" DS0306/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 586-18(IV)05

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Gemeindestraßen Zaunkönigstraße, Rotkehlchenstraße, Sperlingweg und Storchenweg im B-Plan-Gebiet 302-2 "Vogelbreite" zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

6.17. Ausbau der Gleis- und Fahrleitungsanlage in der Otto-von-Guericke-Straße DS0303/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Stadtrat Reppin, CDU-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den Änderungsantrag DS0303/05/1 ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky bittet darum, dem Votum des Ausschusses StBV zu folgen und den Änderungsantrag DS0303/05/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal legt kritisch seinen Standpunkt zur vorliegenden Thematik dar und begründet nochmals den Änderungsantrag DS0303/05/1 seiner Fraktion.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky geht auf die aufgeworfene Frage des Vorsitzenden der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann ein und begründet den Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und plädiert dafür, die Drucksache DS0303/05 zurückzustellen und die Problematik im Aufsichtsrat der MVB GmbH zu beraten.

Im Egebnis der Diskussion **zieht** der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper die Drucksache DS0303/05 von der heutigen Tagesordnung **zurück.**

6.18. Ausbau des Eisenbahnknotens Magdeburg - Eisenbahnüberführung Walther-Rathenau-Straße

DS0319/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 587-18(IV)05

- 1. Für den Ersatzneubau der Eisenbahnüberführung wird für den Straßenraum der Walther-Rathenau-Straße zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und der Durchfahrtshöhe, der in der Anlage 1 beigefügte Straßenquerschnitt durch die Landeshauptstadt Magdeburg mit der DB AG verhandelt.
- 2. Der Haltepunkt "Nordfront" wird bei der weiteren Planung zur Eisenbahnüberführung Walther-Rathenau-Straße nicht mehr berücksichtigt.
- 3. Bei der Planung des Ersatzneubaus der Eisenbahnüberführung über die Walther-Rathenau-Straße ist die niveaugleiche südliche Seitenlage der Straßenbahn als Bestandteil der 2.-Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn zu berücksichtigen.
- 4. Bei der Signalisierung des neuen Kreuzungspunktes der Straßenbahn mit der B1 wird der Straßenbahn keine Priorität eingeräumt.

6.19. Grundsatzbeschluss zum Neubau der Oebisfelder Brücke 2.2 BA DS0196/05
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG lehnt die Beschlussfassung ab.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky bringt die Drucksache DS0196/05 umfassend ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg begründet die Ablehnung der Drucksache DS0196/05 im Ausschuss FG.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründet ebenfalls seine Ablehnung zur Drucksache DS0196/05 und bittet darum, dem Votum des Ausschusses FG zu folgen.

Vertreter der Fraktion "Die Linkspartei.PDS" argumentieren im Hinblick einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Gebiet für die Annahme der Drucksache DS0196/05.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern geht auf die Ausführungen des Stadtrates Zentgraf, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" ein und merkt dabei u.a. an, dass die Voraussetzungen für ein KLV-Terminal jetzt schon geschaffen sind. Er spricht dafür auf, eine 3. Elbüberquerung zu planen, da derzeit die Planung eines Nordverbinders unrealistisch ist.

Nach eingehender kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 588-18(IV)05

Die Drucksache DS0196/05 wird abgelehnt.

6.20. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birnengarten)

DS0215/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderugnsantrages DS0215/05/1.

Gemäß Änderungsantrag DS0215/05/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag ist im 2. Punkt wie folgt zu ergänzen:

... begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt **und einer Bürgerversammlung**, erfolgen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0215/05/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 589-18(IV)05

- 1. Der seit dem 11.06.2002 rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birnengarten) soll gemäß § 1 Abs. 3 und 8, sowie § 2 Abs. 1 BauGB erneut geändert werden.
- 2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt und einer Bürgerversammlung, erfolgen.
- 3. Die von der Änderung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 und 2 i. V. m. § 4a Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

6.21. Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 165-3 "Münchenhofstraße"

DS0262/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 590-18(IV)05

- 1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:
 - im Norden von der Südgrenze des Neustädter Friedhofes,
 - im Osten vom Meitzendorfer Damm, der Faulen Renne und dem Bahndamm
 - im Süden von der Schrote
 - im Westen vom Magdeburger Ring

wurde durch die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Magdeburg am 21.05.1992 der Beschluss (218-27(I)92) gefasst, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Beschluss wird gem. § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 165-3 "Münchenhofstraße" ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

6.22. Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB für einen Teilbereich der Alten Neustadt

DS0272/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 591-18(IV)05

- 1. Gemäß § 170 BauGB i.V.m. § 141 Abs. 3 Satz 1 BauGB beschließt der Stadtrat zur Gewinnung von Beurteilungsgrundlagen über die Festlegungsvoraussetzungen für ein Anpassungsgebiet nach § 170 BauGB den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen für ein Gebiet in der Alten Neustadt, das wie folgt begrenzt wird:
 - im Norden durch die Bahnlinie
 - im Osten durch die Rothenseer Straße,
 - im Süden durch die Weinbergstraße.
 - im Westen durch die Hohepfortestraße, Sieverstorstraße, Adolph-Kolping-Platz, Letzlinger Straße.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, alle im laufenden Verfahren notwendigen Anträge zu stellen und insbesondere auch die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer, Mieter, Pächter und anderer Nutzungsberechtigter im Untersuchungsbereich zu fördern sowie Vorschläge zum beabsichtigten Anpassungsgebiet entgegenzunehmen.
- 3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.

6.23. Beginn der vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 BauGB für einen Teilbereich der Ortslage Rothensee

DS0297/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 592-18(IV)05

- 1. Gemäß § 170 BauGB i.V.m. § 141 Abs. 3 Satz1 BauGB beschließt der Stadtrat zur Gewinnung von Beurteilungsgrundlagen über die Festsetzungsvoraussetzungen für ein Anpassungsgebiet nach § 170 BauGB den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen für ein Gebiet in der Ortslage Rothensee, dass die acht Wohnblöcke entlang der Lindhorster Straße umfasst. Die Umgrenzung ergibt sich aus dem beiliegenden Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, alle im laufenden Verfahren notwendigen Anträge zu stellen und insbesondere auch die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer, Mieter, Pächter und anderer Nutzungsberechtigter im Untersuchungsbereich zu fördern sowie Vorschläge zum beabsichtigten Anpassungsgebiet entgegenzunehmen.
- 3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.

6.24. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 268-4 "Steindamm Prester"

DS0308/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 593-18(IV)05

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und des § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen–Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. S 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 01.09.2005 den Bebauungsplan Nr. 268-4 "Steindamm Prester" bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), in der vorliegenden Fassung als Satzung.

- 2. Die Begründung wird gebilligt.
- 3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Beschluss über die Satzung zum Bebauungsplan Nr. 268-4 "Steindamm Prester" ortsüblich bekannt zu machen.

Die Satzung über den Bebauungsplan tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

6.25. Aufstellung eines Bebauungsplans Nr. 235-3 "Neustädter Straße / An der Magdalenenkapelle"

DS0383/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 594-18(IV)05

- 1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird,
 - im Norden durch die nördliche Begrenzung der Verkehrsfläche Neustädter Straße, durch die nordöstliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1796 der Flur 145 und durch die nördliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1811 der Flur ,145
 - im Osten durch die östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1811 der Flur 145, durch die östliche Flurstücksbegrenzung des Flurstücks 1796 der Flur 145 sowie der Verlängerung dieser Flurstücksgrenze in Richtung Süden,
 - im Süden durch die südlich Flurstücksgrenze des Flurstücks 1801 der Flur145, durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1796 der Flur 145 sowie der Verlängerung dieser Flurstücksgrenze in Richtung Osten,
 - im Westen durch die östliche Begrenzung der Verkehrsfläche Jakobstraße,

soll gemäß §1 (3) und §2(1) BauGB ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

- 2. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.
- 3. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:
- Ausweisung einer möglichen Neubebauung an der Ecke Jakobstraße / Neustädter Straße,
- Fassung der Raumkanten,
- Prüfung der Ausweisung von Bauflächen im Umfeld der Magdalenenkapelle,

- Sicherung der Durchwegung für Fußgänger in West-Ost-Richtung,
- Festsetzung der Baukörper und Höhen unter besonderer Berücksichtigung der Stadtansicht.
- 4. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach §3 Abs.1 Satz1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung, gemäß §2 Abs.1 Satz 2 BauGB, durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, und durch eine Bürgerversammlung zu erfolgen.

7. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

7.1 Frau Marion Butzmann, Bebelstraße 35, 39116 Mageburg – Vertreterin des Vorstandes des Fördervereins des W.-v.-Siemens-Gymnasiums

Planungsfortschritte für die Umsetzung des Siemens-Gymnasiums in Magdeburg

Meine Tochter geht seit der 5. Klasse auf das Siemens-Gymnasium und seit dieser Zeit arbeite ich auch im Förderverein und seit vier oder fünf Jahren bin ich im Vorstand tätig. Meine Frage geht dahin, dass ich enttäuscht bin und teilweise natürlich auch verärgert, wie mit dem W.-v.-Siemens-Gymnasium hier in der Stadt Magdeburg umgegangen wird. Das W.-v.-Siemens-Gymnasium ist ein naturwissenschaftliches Gymnasium in kommunaler Trägerschaft und seit Jahren gibt es die Aussagen dazu, dass das Gymnasium umgesetzt wird. Ich weiß nicht, wer von Ihnen dieses Gymnasium kennt am Zoo. Aber in dem Gymnasium lernen Schüler, die in der Lage und bereit sind, mehr zu leisten als alle andere Schüler in einem Gymnasium hier in der Stadt Magdeburg. Und ich bin enttäuscht darüber, dass wir immer noch nicht wissen, was mit diesem Gymnasium geschieht, ob es wirklich eine Umsetzung in die Stendaler Straße gibt und konkret zu welchem Zeitpunkt und wie sehen die Planungsfortschritte aus?

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch

Wir wissen sehr wohl, welche Bedeutung das Siemens-Gymnasium hat. Ich selbst nehme für die Stadt in den letzten Jahren regelmäßig an der Mathe-Olympiade teil, und da sind immer wieder Schüler aus dem Siemens-Gymnasium, die sich hier hervorragend platzieren. Ich habe hier bewusst daran teilgenommen und ich freue mich immer wieder über die Ergebnisse. Lassen Sie mich sagen, auch in anderen Gymnasien wird gute Arbeit geleistet und, das bitte ich einfach einmal im Blick zu haben, nicht nur am Siemens-Gymnasium. Wir haben als Stadt, vielleicht haben Sie das ja auch der Presse entnommen, die Absicht, über ein bestimmtes Programm, über eine private Finanzierung und Betreibung von Schulen, die Schulen, die für und gesichert sind, dass sind in einem ersten Schritt bis zu 20 Schulen, über dieses Programm zu finanzieren und gesamt zu sanieren. In diesem Programm ist auch das W.-v.-Siemens-Gymnasium, Standort Stendaler Straße, gelistet. Wir haben diese Beschlussvorlage im Stadtrat diskutiert. Es geht jetzt darum, inwieweit dieses aus Sicht der Verwaltung innovative Modell die kommunalaufsichtliche

Genehmigung erhält. Wir ringen darum, zusammen mit zwei anderen Standorten in Sachsen-Anhalt, dass dieses möglich wird, so dass wir dann Anfang des Jahres die nächsten Schritte gehen können. Das würde eine umfängliche Sanierung dieses Standortes Stendaler Straße berühren. Wir sind zusätzlich im Gespräch mit einem weiteren Partner, hier vielleicht eine zusätzliche Sanierung auch vorzunehmen. Das W.-v.-Siemens Gymnasium ist am Standort Stendaler Straße- das ist meine Anwort – entsprechend gelistet. Es gab, wie Sie vielleicht wissen, ja im Vorfeld auch eine Diskussion mit der Schulleitung und auch mit der Elternvertretung, inwieweit die Stendaler Straße als Alternaive überhaupt infrage kommt. Da gab es durchaus unterschiedliche Meinungen. Was uns erreicht hat ist, dass man unter diesen Bedingungen, die ich eben genannt und beschrieben habe, sehr wohl jetzt bereit ist, den neuen Standort wahrzunehmen, und wir aber als Verwaltung, als Stadt insgesamt wissen nicht nur um die Bedeutung des Siemens-Gymnasiums, sondern versuchen auf diesem Wege auch möglichst kurzfristig hier eine Sanierung durchzuführen. Was heißt möglichst kurzfristig? Wenn das alles so läuft, wie wir uns das vorstellen, wird eine Sanierung dieses Standortes vor Ende 2007/Anfang 2008 mit den Ausschreibungsnotwendigkeiten und kommunalaufsichtlichen Genehmigungen, die damit verbunden sind, rein zeittechnisch nicht möglich sein. Wenn wir diesen Weg nicht gehen können, hat das natürlich erhebliche Konsequenzen auf die Schulsanierungen insgesamt. Wir wollen diesen Weg gehen.

Frau Butzmann – Nachfrage:

Ich muss trotzdem sagen, dass es mich ganz schön traurig macht, denn die Schüler halten sich bis zu 42 Wochenstunden in der Schule auf. Bis zu 42 Wochenstunden bei 36 Unterrichtsstunden und bis zu 6 Stunden, die die Schüler Freistunden haben. Und wer das Gebäude kennt, der ist sicherlich meiner Meinung, dass es ganz schön traurig ist, wenn sich die Schüler in diesem Umfeld so lange aufhalten müssen. Es gibt dort auch keine Aufenthaltsräume, es gibt keine ordentliche Sporthalle, es gibt keinen ordentlichen Speiseraum und, wenn ich dann sehe, dass es Vorzeige-Gymnasien hier in Magdeburg gibt, die über alle besondere Schikanen, die man sich so vorstellen kann, verfügen, bin ich über den Zeitpunkt 2007/2008 sehr enttäuscht. Vielleich kann man zu gegebener Zeit noch einmal darüber nachdenken. Ich würde mich auch freuen, wenn es dann einen Vertreter gibt, der einmal an einer Vorstandssitzung des Fördervereins teilnehmen wird und da einmal mit uns gemeinsam beredet, was bis zu diesem Zeitpunkt gemacht werden kann. Denn ich denke schon, dass es die Schüler verdient haben, dass man sich ein wenig intensiver auch um diese Schüler kümmert.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Es ist ehrenwert, dass Sie heute hierher kommen und für Ihre Schule kämpfen. Dafür haben Sie auch den Förderverein, dass ist auch Ihre Aufgabe, das zu machen. Wir haben vor knapp einem Jahr hier im Stadtrat die Entscheidung getroffen, welche Gymnasien in Magdeburg Bestand haben und haben uns für die drei Gymnasien Hegel, Einstein und Siemen ausgesprochen. Das sind die drei Gymnasien, die auf jeden Fall Bestand haben. Das ist erst einmal ein riesiger Vorteil gegenüber den anderen fünf Gymnasien, die keinen Bestand mehr haben. Das muss man auch einmal dazu sagen. Diese Botschaft ist ganz klar und wir haben auch gesagt, wir werden einen Standort finden, der dem Siemens-Gymnasium angemessen ist. Wir haben hier einen Beschluss gefasst und jetzt haben wir das Problem, dass wir keine Genehmigung gekommen haben, um das Programm vorzubereiten. Das müssen wir überwinden. Ich weiß jedoch, dass ich vom Kultusminister, vom Staatssekretär des Ministeriums und auch von vielen anderen der Landesregierung Unterstützung habe, die das gemeinsam mit uns wollen. Wir müssen nur den

Weg jetzt freimachen, dann kann es vielleicht auch etwas schneller gehen. Aber viel schneller wird es nicht gehen, dass das Gymnasium vor 2008 in Betrieb gehen kann. Wir müssen planen, bauen und den Betrieb herstellen, das dauert mit Sicherheit zwei Jahre. Wir befinden uns bereits am Ende des Jahres 2005, also vor dem Schuljahr 2007/2008 wird das ganz realistisch nicht passieren können. Auch bei aller Beschleunigungseuphorie wird das vorher nicht machbar sein. Und dass wir in diesen zwei Jahren noch viel in die Schule reinstecken, kann man nicht fordern. Es muss aber machbar sein, Unterricht zu machen, das ist gar keine Frage.

Aber das ist eine Botschaft wo man weiß, man hat in wenigen Jahren eine klare Perspektive. Aber natürlich wäre es uns allen lieber, es wäre schon im vorigen Jahr passiert. Wir haben in Magdeburg immer noch 60 Schulen, die generalsaniert werden müssen. Leider müssen wir bis 2008 hier 30 Schulen schließen. Aber 60 Schulen müssen wir noch sanieren und das kostet, das kann sich jeder selbst ausrechnen, mehrere hundert Millionen Euro, um das alles Schritt für Schritt so zu organisieren und auch durch Umzugsstrategien dafür zu sorgen, dass jeder zu seinen berechtigten Forderungen kommt. Es ist auf jeden Fall alles berechtigt, was Sie sagen, aber wir müssen realistisch sein und schneller als bis zum Jahr 2007/2008 ist es nicht machbar.

Ergänzende Antwort des Stadtrates Bromberg, Vorsitzender des Finanz- und Grundstücksausschusses:

In Ergänzung zu dem, was Dr. Koch sagte, spreche ich für den Finanz- und Grundstücksausschuss, der ja auch Lenkungsausschuss ist für die Entwicklungsgebiete Rothensee und Alte Neustadt. Ich kann sagen, bestimmt einmal im Monat, also jede zweite Ausschusssitzung, wird bei uns konkret hinterfragt, wie ist der Stand, welches Förderprogramm steht im Moment an der Spitze bei dem, was zur Sanierung dieser Schule herangezogen werden kann und mit welchen Terminketten können wir derzeit rechnen. Es ist wirklich so, dass nicht nur von der Verwaltung versucht wird, die unterschiedlichen Möglichkeiten anzuzapfen, sondern dass wir tatsächlich auch permanent Druck machen und sagen, das ist für uns eine sehr wichtige Schule, die auch in der Nähe der Universität in der Alten Neustadt angesiedelt werden soll. Wir als Stadtrat versuchen auch über den Finanz- und Grundstücksausschuss hier entsprechende Möglichkeiten zu erruieren und auch umzusetzen. Das kann ich Ihnen versprechen, dass dies auch weiterhin so bleibt.

Im Anschluss gibt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge bekannt, dass er das Los für den 12. Sitz im Verwaltungsausschuss zwischen der Fraktion "Die Linkspartei.PDS", der Fraktion future! – die jugendpartei und der Fraktion BfM/Tierschutz gezogen hat. Das Los empfiehl auf die Fraktion BfM/Tierschutz.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 595-18(IV)05

Im Verwaltungsausschuss wird Herr Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz, seine Arbeit als stimmberechtigtes Mitglied aufnehmen.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

8.1. Sachstandsbericht zur städtebaulichen Entwicklung im Breiten Weg

A0022/05

PDS - Fraktion WV v. 10.03.2005

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0022/05/1.

Der Ausschuss RWB empfiehlt ebenfalls die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0022/05/2.

Stadtrat Westphal, beratendes Mitglied im Ausschuss RWB, hält die vorliegende Stellungnahme S0076/05 der Verwaltung für nicht ausreichend und begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0022/05/2.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky weist bezüglich des Punkt 2 des Änderungsantrages A0022/05/2 des Ausschusses RWB darauf hin, dass dieser nur als Zielsetzung zu verstehen ist und nicht sofort umsetzbar ist.

Stadtrat Zentgraf, Fraktion "Die Linkspartei.PDS", stimmt den Ausführungen des Stadtrates Westphal, FraktionFraktion Bündnis 90/Die Grünen, zu.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0022/05/2 des Ausschusses RWB einstimmig:

- Der Stadtrat nimmt den mit den Stellungnahmen S0076/05 und S0126/05 vorgelegten Sachstandsbericht zur erreichten städtebaulichen Entwicklung des Breiten Weges zur Kenntnis und stellt fest, dass damit auch der Intention des Antrages A0022/05/1 Rechnung getragen wurde.
- 2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die weiteren Schritte der städtebaulichen Entwicklung des Breiten Weges konzeptionell erarbeiten zu lassen. Dabei soll einer Entwicklung als innerstädtischer Erlebnis-, Kultur-, Einkaufs- und Freizeitbereich der Vorrang gegeben werden.
 - In diese Konzeption ist auch die Entwicklung des Areals "Haus der Lehrer" einschließlich der östlich gelegenen Fläche bis zur Weitlingstraße einzubeziehen.

Mit der Abstimmung zum Änderungsantrag A0022/05/2 des Ausschusses RWB hat sich eine Abstimmung zum Änderungsantrag A0022/05/1 des Ausschusses StBV **erübrigt.**

Gemäß Antrag A0022/05 der PDS-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0022/05/2 des Ausschusses RWB einstimmig:

Beschluss-Nr. 596-18(IV)05

- 3. Der Stadtrat nimmt den mit den Stellungnahmen S0076/05 und S0126/05 vorgelegten Sachstandsbericht zur erreichten städtebaulichen Entwicklung des Breiten Weges zur Kenntnis und stellt fest, dass damit auch der Intention des Antrages A0022/05/1 Rechnung getragen wurde.
- 4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die weiteren Schritte der städtebaulichen Entwicklung des Breiten Weges konzeptionell erarbeiten zu lassen. Dabei soll einer Entwicklung als innerstädtischer Erlebnis-, Kultur-, Einkaufs- und Freizeitbereich der Vorrang gegeben werden.
 - In diese Konzeption ist auch die Entwicklung des Areals "Haus der Lehrer" einschließlich der östlich gelegenen Fläche bis zur Weitlingstraße einzubeziehen.

8.2. Innerstädtische Entwicklung stärken

A0055/05

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 07.04.2005

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV lehnt die Beschlussfassung ab.

Vertreter der FDP-Fraktion geben ergänzende Hinweise zur Thematik.

Gemäß Antrag A0055/05 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 597-18(IV)05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt auszuloten, welche Möglichkeiten bestehen, bauliche Entwicklungen und Nutzungen verstärkt auf die innerstädtische Entwicklung zu richten, anstatt solche an den Stadtrand oder gar in das Umland abwandern zu lassen.

Das Ergebnis ist in den Ausschüssen StBV (Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr) sowie RWB (Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik) vorzulegen.

8.3. Sanierung der Straße Lindenplan

A0059/05

CDU - Fraktion WV v. 07.04.2005

Die Ausschüsse StBV und UwE lehnen die Beschlussfassung ab.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 598-18(IV)05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Drucksache zur vollständigen Sanierung der Straße Lindenplan zu erarbeiten. Diese ist dem Stadtrat in der ersten Stadtratssitzung nach der Sommerpause 2005 zur Beschlussfassung vorzulegen. –

8.4. Deutsch-amerikanisches Wirtschaftsprojekt

A0081/05

SR Hans-Werner Brüning, PDS - Fraktion WV v. 12.05.2005

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den Änderungsantrag A0081/05/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0081/05/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Stadtrat analog zu dem deutsch-amerikanischen Wirtschaftsprojekt auch Vorschläge zu möglichen gemeinsamen Projekten zwischen Sarajevo und Magdeburg in diesem Bereich zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich unter Beachtung des Änderungsantrages A0081/05/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Beschluss-Nr. 599-18(IV)05

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Vertretern der Partnerstadt Nashville/Tennessee das Auflegen eines deutsch-amerikanischen Wirtschaftsprojekts "Magdeburger Weihnachtsmarkt in Nashville" zu verhandeln. Es soll das Interesse der amerikanischen Partner geweckt und Möglichkeiten der (Be)Förderung unter Einbeziehung der Gesellschafter der Magdeburger Weihnachtsmarkt GmbH geprüft werden. Ziel ist es, gemeinsam mit der Partnerstadt ab 2006 in Nashville jährlich Magdeburger Weihnachtsmärkte durchzuführen.
- 2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Stadtrat analog zu dem deutsch-amerikanischen Wirtschaftsprojekt auch Vorschläge zu möglichen gemeinsamen Projekten zwischen Sarajevo und Magdeburg in diesem Bereich zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

8.5. Dreisprachige Grundschule

A0121/05

Fraktion BfM/Tierschutz

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0121/05 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0121/05 in den Ausschuss BSS – ein.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Schindehütte sprechen sich gegen den GO-Antrag aus.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr und Stadträtin Hein, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" sprechen sich für den GO-Antrag aus.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz – Überweisung des Antrages A0121/05 in den Ausschuss BSS – vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt.**

Anschließend gibt der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Erläuterungen zum Verfahren bezüglich der Antragstellung.

Gemäß Antrag A0121/05 der Fraktion BfM/Tierschutz **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 600-18(IV)05

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, ob in der Landeshauptstadt ein Bedarf an einer weiteren dreisprachigen Grundschule vorhanden ist und gegebenenfalls mit dem Land Gespräche zu führen mit dem Ziel, die Genehmigung für eine derartige Schule als staatliche Schule zu erhalten.

8.6. Sondersitzung des SR zur Haushaltsberatung 2006

A0129/05

Finanz- und Grundstücksausschuss

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg begründet den Antrag A0129/05.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke regt an, in die Haushaltsberatung den Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Stadionneubau einzubeziehen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal weist darauf hin, dass die Beschlussfassung zum Antrag A0129/05 eine rechtzeitige Beratung des Haushaltsplanes in den Fachausschüssen voraussetzt.

Gemäß Antrag A0129/05 des Ausschusses FG beschließt der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 601-18(IV)05

Zur Beratung des Haushaltsplanes 2006 einschließlich des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2006 – 2009 wird eine Sondersitzung des Stadtrates am 15.12.2005 einberufen.

8.7. Magdeburger Altstadtfest

A0133/05

SR`in Karin Meinecke, PDS - Fraktion

Stadträtin Meinecke, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" bringt den Antrag A0133/05 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0133/05 in die Ausschüsse FG und K – ein.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bringt den Änderungsantrg A0133/05/1 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt kritisch zum Änderungsantrag A0133/05/1 Stellung.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Meinecke, Fraktion "Die Linkspartei.PDS" **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0133/05 und der Änderungsantrag A0133/05/1 werden in die Ausschüsse K und FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 03.11.2005

8.8. Zugang zum Neustädter See

A0136/05

SPD - Fraktion

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0136/05 ein.

Stadtrat Rink, CDU-Fraktion, hält den Antrag A0136/05 für derzeit nicht umsetzbar.

Gemäß Antrag A0136/05 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 602-18(IV)05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit durch einen Rückschnitt und das teilweise Entfernen von Buschwerk im Uferbereich des Neustädter Sees der Blick und der Zugang zum See an einigen Stellen gewährleistet und damit der Naherholungswert des Gebietes aufgewertet werden kann.

8.9. Infotafel zum Glockenspiel am Rathaus

A0137/05

SPD - Fraktion

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Antrag A0137/05 ein.

Gemäß Antrag A0137/05 der SPD-Fraktion beschließt der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 603-18(IV)05

Im Eingangsbereich des Rathauses wird eine Informationstafel angebracht, auf der die Namen der Melodien, die das Glockenspiel spielt, sowie die entsprechenden Uhrzeiten verzeichnet sind.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtat Westphal bringt den GO-Antrag – Die Sitzung des Stadtrates wird unterbrochen – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Die Sitzung des Stadtrates wird unterbrochen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Ansorge Luther
Vorsitzender des Stadtrates Protokollantin

Anlage 1 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Brüning, Fraktion "Die

Linkspartei.PDS"

Anlage 2 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Westphal,Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen

Anlage 3 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Brüning, Fraktion "Die

Linkspartei.PDS"

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Bork, Jana

Heinemann, Klaus

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr. Altmann, Martin Balzer, Falko

Bischoff, Norbert

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Kilian, Thomas

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Stage, Michael

Stern, Reinhard

Trümper, Lutz Dr.

Veil, Thomas

Wähnelt, Wolfgang

Westphal, Alfred

Wübbenhorst, Beate

Zentgraf, Hans-Jürgen

Zimmer, Gerd Dr.

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.

Luther, Silke